

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 267 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 4/2017 VOM 29. MÄRZ 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | Diese »B 167 neu«
brauchen wir nicht
Verkehrslast wird verlagert

7 | Langsam fällt
der Groschen
380-kV-Leitung bald unter der Erde?

10 | Neuem Mietspiegel folgt
Mieterhöhung auf dem Fuß
Offener Brief an den Bürgermeister

Lehrstück: Wie man Bäume totpflegt!

Am 20. März gegen 9.30 Uhr wurde von Arbeitern der Firma BAUMSERVICE STEVE OHLENDORF GMBH in Klandorf auf einem Privatgrundstück in der Dorfstraße eine etwa 200 Jahre alte Eiche beschnitten. Die Beschneidung erfolgte mit einer Kettensäge von einer Hebebühne aus. Der Schnitt wurde sofort vor Ort gehäckselt und für den Abtransport auf einen LKW verbracht. Auf die Frage, wer sie beauftragt habe, wurde geantwortet, daß die Gemeinde Schorfheide der Auftraggeber sei.

Meinen Hinweis, daß sie sich auf Privatland befänden und zur Zeit entsprechend § 39 BNatSchG Fäll- und Schnittverbot bestehe, mußte ich mehrmals sehr eindringlich wiederholen, bevor die Arbeiten unterbrochen wurden. Nach einer kurzen telefonischen Rücksprache mit der Gemeindeverwaltung wurden die Arbeiten jedoch wieder fortgesetzt.

Bei der Eiche wurden komplett die Äste auf zwei Drittel der Länge gekappt, so daß praktisch alle feineren Äste und Zweige mit den Blattknospen entfernt wurden. Keiner der Äste war krank. Das sah man deutlich an den auf den Boden fallenden und anschließend sofort geschredderten Ästen und ist jetzt noch an den Schnittstellen nachvollziehbar. Die Eiche hatte eine wunderbar gesunde Krone. Während des letzten Sturms brach kein einziger Zweig oder gar Ast ab (ganz anders als bei den durch die Gemeinde krank gepflegten Linden direkt an der Dorfstraße). Es ist nicht ein einziger kranker Ast an dem Baum.

Wer etwas von Bäumen versteht, der weiß, daß bei Eichen Kappungen unbedingt zu vermeiden sind, insbesondere zu dieser Jahreszeit, da die Eichen vor dem Blattaustrieb, gegen Ende des Winters, Reservestoffe aus den Wurzeln und dem Stamm mobilisieren und in die Peripherie zu den Knospen in die Zweige leiten. Solche Schnitte können kerngesunde Eichen tödlich verwunden, ganz zu schweigen davon, daß derart verstümmelte Bäume nie wieder ihre stolze Krone, Lebensgrundlage und Zuflucht für tausende Insekten und Vögel, vollumfänglich regenerieren. Herr Richert, Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde, zwei Stunden später vor Ort, hat bestätigt, daß der Schnitt nicht fachgerecht und außerhalb des zulässigen Zeitfensters erfolgte.

Für mich, ergeben sich aus dem Tathergang eine ganze Menge Fragen an den Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide: Wer veranlaßte den Schnitt? Gab es eine Genehmigung hierfür? Wie wird der Eingriff in die Natur begründet? Wurde der Baum daraufhin untersucht, ob er Lebensstätte wild lebender Tierarten ist? Werden Ausgleichsmaßnahmen hierfür geleistet? Wie stellt sich der Schorfheider Bürgermeister eine landschaftsgetreue Ausgleichsmaßnahme für die Verkrüppelung einer zweihundertjährigen Eiche vor? Ist es üblich, daß die Gemeindeverwaltung Bäume »pflegen« läßt, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen? Wer trägt für diese »Gefälligkeitsdienste« die Kosten? Wie hoch waren die Kosten für diese ganz konkrete Maßnahme?

KURT OPPERMANN



Nicht fachgerechte Baumbeschneidung durch die Firma Baumservice Ohlendorf in Klandorf, Ortsteil der Gemeinde Schorfheide. Die Einschätzung des Gemeindevertreters Dr. Andreas Steiner lautet: »Nicht fachgerecht, Kronen wurden radikal und umfassend gekürzt, viele Austriebe werden später einen höheren Pflegeaufwand bedingen, Bienenweide/Blüten geht verloren, Fäulnis an Schnittstellen wird erfolgen, Baumvitalität stark geschwächt und vorzeitiges Ableben vorprogrammiert.«

Stauwarnung · Stauwarnung · Stauwarnung · Stauwarnung

Eberswalde (bbp). Unser mathematisches Verkehrsfrühwarnsystem prognostiziert für die kommenden Monate anhaltende Staus in Eberswalde. Ab April soll der Umbau der funktionsfähigen Kreuzung an der Friedensbrücke beginnen. Das führt zu dauernden Verkehrseinschränkungen mit größeren Staus nicht nur in den Hauptverkehrszeiten. Da Verkehrsteilnehmer über Nebenstraßen die Staus umfahren, ist auch dort mit höherem Verkehrsaufkommen zu rechnen. Die eigentlich harmlosen Verkehrsbehinderungen an Baustellen, Geschwindigkeitsbegrenzungen, parkenden Autos und nicht synchronisierten Ampeln werden sich überlagern und mit hoher Wahrscheinlichkeit zu andauerndem Rückstau entwickeln.

Betroffen sind besonders die L 200 und die südliche Umfahrung der B 167 und 168 über Brunnen-, Lessing- und Heinrich-Heine-Straße. Insbesondere die Baustelle am Waldsolarheim wirkt sich nachhaltig auf den Verkehr in auf der Grabowstraße und der Lessingstraße aus. Das mathematische Verkehrsfrühwarnsystem sagt Wartezeiten für die Hauptverkehrszeit von mehr als 30 Minuten voraus. Zeitweise geht dort nichts mehr. Über die Gründe dieser schlecht koordinierten Baustellen kann nur spekuliert werden. Manche sehen darin den hilflosen Versuch, Druck aufzubauen, um den Bau der sogenannten Umgehungsstraße zu forcieren. Das mathematische Verkehrsfrühwarnsystem wird in nächster Zeit optimiert.

Steffen Peltsch schreibt nicht mehr

Es war der Tag, an dem die Märzausgabe der »Barnimer Bürgerpost« gedruckt und an unsere ehrenamtlichen Verteiler übergeben worden war. Als alles erledigt war, fand ich den Brief im Briefkasten. Seine Frau Irmtraud teilte mit, daß Steffen am 21. Februar 2017 gestorben ist. Er wurde 77 Jahre alt.

Dr. Steffen Peltsch schrieb so manche Geschichte für »das Blättchen«, wie er die Barnimer Bürgerpost nannte. Aber er war mehr als nur »Geschichtschreiber«. Steffen gehörte faktisch zu den Geburtshelfern der Barnimer Bürgerpost, war Mitstreiter von der ersten Minute an, Kritiker und Autor, aber vor allem ein Freund.

Seine originelle Sicht auf die Dinge im Zusammenspiel mit seinem einzigartigen Stil brachte uns oft zum Lachen und zugleich zum Nachdenken.

Tief eingepreßt im Gedächtnis haben sich die Gespräche 1994/95 im »C'est la vie«, als wir darüber sinnierten, den damaligen »Linken Eberspiegel« zu einer unabhängigen Leserzeitung weiterzuentwickeln. Steffen gab uns wichtige Hinweise.

Er schrieb regelmäßig humorvolle, tief sinnige und literarisch ausgefeilte Beiträge für die Barnimer Bürgerpost – mehr als 20 Jahre lang und auch noch, nachdem er von Eberswalde wegzog, um sich in seiner alten Heimat Dresden niederzulassen.

Vor gut einem Jahr hatte er den letzten Brief mit einer ganzen Reihe von Beiträgen geschickt. Davon zehrten wir bis weit ins Jahr 2016.

Seine Frau schreibt, daß er zu Beginn des vergangenen Sommers in seinem geliebten Schweden erkrankte. »Acht Monate hat er gelitten. Die Sehnsucht aufs Leben war ungebrochen, die Hoffnung und die Kraft aber wurden schwach und schwächer.«

Mittlerweile haben sich viele Leserinnen und Leser der Barnimer Bürgerpost bei der Redaktion gemeldet, die über den einen oder anderen Weg die traurige Nachricht erfuhren.

Hier ein paar Auszüge:

»Mein tiefes Mitgefühl zum Ableben von Dr. Peltsch. Er hat immer wunderbar geschrieben, sehr phantasievoll. Ich kenne ihn selber noch von der EOS. Leider hatte ich ihn nicht als Lehrer, aber er machte schon einen seriösen Eindruck. Man hörte nur Gutes.« (Jan G.)

»Über einen Sportfreund erfuhr ich vom Ableben des Herrn Dr. Steffen Peltsch. Da er mir aus den Veröffentlichungen in der BBP und auch für eine kurze Zeit als sehr wertvoller Kollege bekannt war, möchte ich Sie bitten, ihn mit einem kleinen Nachruf zu würdigen.« (Peter W.)

»Ich kannte Dr. Peltsch von der AG Schreibende Schüler am Gymnasium Finow. Ich weiß noch gut, wie wir bei ihm zu Hause uns gegenseitig unsere 'Werke' vorlasen und anschließend mit seiner Hilfe diskutierten. Er war ein guter Lehrer.« (Alexander P.)

»Ich habe die Glossen und Satiren von Herrn Peltsch in der Bürgerpost stets mit großer Freude gelesen. Besteht die Möglichkeit, daß Sie diese Texte noch einmal in gebündelter Form herausgeben könnten?« (Reinhard W.)

Ja, die Herausgabe seiner Texte in gebündelter Form war eines der Projekte, die wir mit Steffen noch besprechen wollten. Ein weiteres beinhaltet Geschichten über »Eberswalder Originale«, die nun leider unvollendet bleiben.

Seine Beiträge für die Barnimer Bürgerpost sind natürlich nur ein ganz kleiner Teil im Schaffen von Steffen Peltsch.

Als Lehrer an der EOS Eberswalde und später am Finower Gymnasium ist er vielen in Erinnerung. Im Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit stand die Kinder- und Jugendliteratur der DDR. In den 80er und 90er Jahren war er Chefredakteur der »Beiträge zur Kinder- und Jugendliteratur«. Auch danach finden sich von ihm zahlreiche Beiträge in den »Beiträgen Jugendliteratur und Medien«, den »Julit Informationen« u.a.m. Auf ihn geht der heute noch vergebene Preis für Nachwuchsliteraten im Landkreis Barnim zurück.

Zu Wendezeiten ging er auch in die »große Politik«, war für die PDS Abgeordneter der letzten Volkskammer der DDR. Das Zeug zum Berufspolitiker hatte er zum Glück nicht. Er bewahrte sich und uns seinen kritischen und distanzierten Blick auf die sich verändernde Gesellschaft.

Wir werden Steffen vermissen – vergessen werden wir ihn nicht.

In unserer Trauer denken wir besonders an seine Frau Irmtraud, an die Schwiegertochter und an die von ihm geliebten Enkel.

Dr. MANFRED PFAFF, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Pilotenehrung

Die Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e. V. Eberswalde gedenkt am 6. April der Heldentat der sowjetischen Piloten Boris Kapustin und Juri Janow mit einer Kranzniederlegung.

Die Kranzniederlegung findet am 51. Jahrestag des Flugzeugunglücks um 10 Uhr auf dem Garnisonsfriedhof Eberswalde in der Heegermühlener Straße statt.

WALDEMAR HICKEL

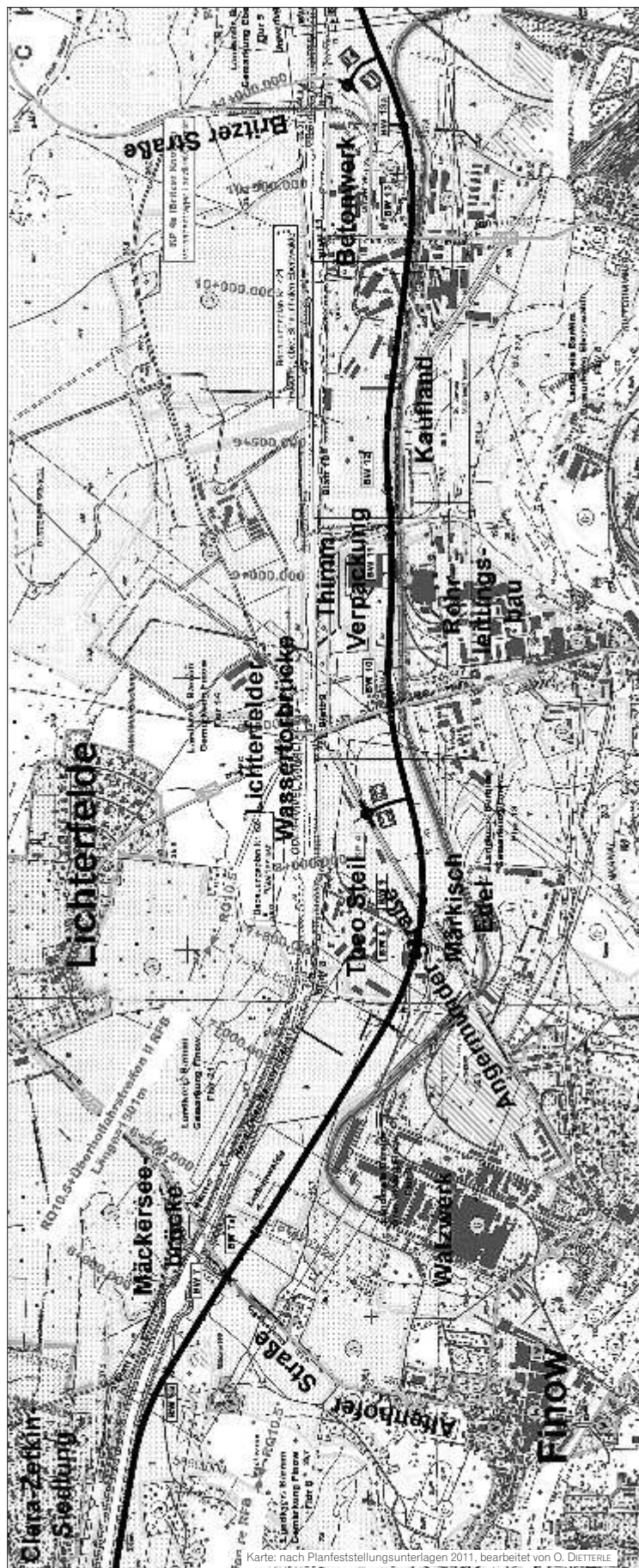
Erster Mai 2017 in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Am 4. April tagt das »Maikomitee« beim Deutschen Gewerkschaftsbund ein weiteres Mal. Wie der DGB-Kreisvorsitzende RALF KAISER mitteilt, muß er diesmal »aufgrund von Terminüberschneidungen das Treffen um eine Stunde nach hinten verlegen. Daher bitte erst zu 18 Uhr einfinden!«

Beraten werden die noch offenen Punkte, wie das abschließende Kulturprogramm, die

Catering-Rückmeldung und Ideen für eine Tombola, Wissensquiz oder ähnlichem. Eine Einigung dazu ist notwendig, um die Plakate und Handzettel mit dem Mai-Aufruf fertigzustellen. »Ich hoffe«, so Ralf Kaiser, »wir können am 4. April alles festzurren und die weißen Flecke einfärben«. Abschließend teilt der DGB-Kreisvorsitzende mit, daß die allgemeinen Motivplakate bereits eingetroffen sind und zur Abholung bereitliegen.

Diese »B 167 neu« brauchen wir nicht!



Liebe Leser der Barnimer Bürgerpost, wie im Märzhett angekündigt, stellen wir Ihnen heute den Abschnitt zwischen der Clara-Zetkin-Siedlung/Mäckerseebrücke und der Britzer Straße vor. So wie hier dargestellt, soll entsprechend Ausbaugesetz vom Dezember 2016 planfestgestellt und dann gebaut werden. Es gibt noch Hoffnung, daß nicht wirklich gebaut wird, aber wir können darauf nicht vertrauen.

Deshalb sollte sich jeder genau ansehen, was da in unserer unmittelbaren Nachbarschaft passieren soll. Zunächst wird jedem klar, daß man die Südseite des Oder-Havel-Kanals nur noch an wenigen Stellen erreichen kann. Eine davon ist die Überführung der Altenhofer Straße über die B167neu südlich der Mäckerseebrücke. Diese Überführung ist jedoch nicht als »Knoten« vorgesehen, d.h., weder eine Auffahrt zur B167, noch die Abfahrt zur Altenhofer Straße sind möglich.

Die neue Straße überquert danach auf einer Brücke den Lichterfelder Hauptgraben, überquert nach anderthalb Kilometern durch Naherholungsgebiet und Betriebsgelände mit Anschlußgleisen die Angermünder Straße und führt nach weiteren rund 500 Metern zum Knotenpunkt KP 4. Hier ist es dann erstmalig möglich, die Straße in Richtung Norden zu verlassen. Man erreicht einen neu zu errichtenden Kreisverkehr auf der Angermünder Straße und kann von dort Richtung Eberswalde oder Finow/Finowfurt weiterfahren. Nach Finow und Finowfurt gelangt man über den vorhandenen Kreisverkehr an der Angermünder Straße entweder über Brückenstraße und Dorfstraße oder über Mühlenstraße und Altenhofer Straße zur B167alt. Die Belastung auf dieser Straße – dann Landesstraße – wird sich also nicht ändern, geschweige denn verringern. Die an den genannten Straßenzügen anliegenden Wohngebiete werden jedoch zusätzlich belastet. Es wird zu untersuchen sein, ob die Straßen und Brücken der zusätzlichen Belastung überhaupt gewachsen sind.

Richtung Eberswalde kreuzt die neue Straße dann zunächst die Coppistraße (weitere Brücke, ohne Abfahrt!), wird weitergeführt durch den Wald zwischen Angermünder Straße und den Gleisanlagen der Nordbahn und erreicht schließlich an der Britzer Straße den Knotenpunkt KP 5.

Jedem Eberswalder und besonders den Finowern wird klar werden, daß die Realisierung dieses Bauvorhabens erhebliche Eingriffe in die Natur bedingt. Es ist völlig unklar, wie dieser Verlust an Natur auch nur annähernd ausgeglichen werden kann. Jedenfalls werden die Umwelt und der Erholungswert der Landschaft durch diese nur an wenigen Stellen passierbare Barriere im Norden der Stadt ganz erheblich beeinträchtigt. In diesem Zusammenhang soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Baukosten, die einen dreistelligen Millionenbetrag ausmachen, für eine Straße geplant werden, die nach neuesten Berechnungen – auf der Grundlage von Verkehrszählungen – pro Tag maximal 1.000 Fahrzeuge in Anspruch nehmen werden. Dafür brauchen wir keine neue Straße, jedenfalls nicht diese Straße. Es gibt wirkliche und wesentlich preiswertere Lösungen.

Was ist bloß aus dem »Eberswalder Schwung« geworden? Das fragen nicht nur

OSKAR DIETTERLE und JOHANNES MADEJA

Blähungen

Aus der Republik Türkei dringen verwirrende Meldungen zu uns, die nur befremden können. Die regierende Partei versucht laut und nationalistisch polternd mit veralteten Konzepten ihre Herrschaft zu stabilisieren, indem sie ihre gravierenden inneren Probleme nach außen transferiert. Die türkische Gesellschaft kann nur mühsam die spezifischen Widersprüche der stürmischen kapitalistischen Entwicklung in ihrem eigentlich modernen islamischen Land bewältigen. Mit den türkischstämmigen Mitbürgern haben die gesellschaftlichen Konflikte in der Türkei auch unser Land unmittelbar erreicht.

Dynamische kapitalistische Produzenten und selbstbewußte Arbeiter, zunehmend freitlich denkende und handelnde Menschen stoßen in der türkischen Gesellschaft auf starke traditionelle und religiös geprägte Machtverhältnisse, patriarchalische Familienbeziehungen und überforderte Verwaltungen. Eigentum, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Macht verändern sich rasend schnell und mit großer Wucht.

Das Konzept der regierenden Partei, unter starkem Einfluß der Religion mit Hilfe eines militärisch gestützten, zentral regierten Nationalstaates zu herrschen, ist schon krachend gescheitert. Der türkische Staat und seine Regierungen haben es geschafft, mit fast allen Nachbarstaaten verfeindet oder in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt zu sein. Die Regierung führt einen Bürgerkrieg gegen ihre kurdischen Mitbürger, verhaftet Anführer der Opposition, säubert den Staatsdienst und die Armee von scheinbaren Staatsfeinden, entläßt Lehrer und verbreitet Angst und Schrecken. Das Militär hat vor kurzem geputzt, viele Bürger verlassen das Land und der Präsident hat nichts Besseres zu tun, als freundlich gesinnte ausländische Bürger und Regierungen zu beleidigen.

Viele türkische Bürger können sich nicht vorstellen, daß gerade diese verstaubten Konzepte eines starken Nationalstaates mit der dominierenden Religion einer weiteren friedlichen Entwicklung und dem Ausgleich der Interessen in ihrem Land im Wege stehen. Das alberne Geschrei der türkischen Regierung kann man als Vorwarnung interpretieren. Unter dem Getöse verstecken sie ihre Angst und Schwäche und wissen längst, daß ihre Tage gezählt sind. Unabhängig vom Ausgang des Referendums bleiben alle Konflikte bestehen.

Man kann nur hoffen, daß die Türken einen friedlichen Weg finden, um die Widersprüche ihrer kapitalistischen Entwicklung unter den Bedingungen des Islam auszugleichen. Daran sollten sich alle Türken beteiligen dürfen. Auf gar keinen Fall sollte irgend jemand Waffen in die Republik Türkei liefern oder auf andere Art Konflikte schüren. Statt dessen könnte man weiterhin freundlich miteinander reden.

Dr. MANFRED PFAFF

Innovationen in der Kommunalpolitik:

Antworten ohne Antwort

Eberswalde (bbp). Am 15.12.2016 hat die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde den Haushaltsplan 2017/2018 beschlossen. Darin ist für den 01.01.2017 ein Kassenanfangsbestand von 30.853.249 € ausgewiesen. Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen wurde am 01.12.2016 ein Papier vorgelegt, nach dem die Stadt per 30.11.2016 über einen Kassenbestand liquider Mittel von 50.730.820 € verfügt. Die Differenz beträgt etwa 20 Millionen €. Davon ausgehend hatte die Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« in der Februar-Stadtverordnetenversammlung gefragt, ob tatsächlich zu erwarten gewesen sei, »daß innerhalb eines Monats ein Liquiditätsabfluß von etwa 20 Millionen € erfolgt (Differenz zwischen Kassen-Ist-Bestand am 30.11.2016 und Soll-Bestand am 01.01.2017)«. (BBP 2/2017)

Kämmerer Sven Siebert antwortete: »Der hier angesprochene Liquiditätsabfluß fand nicht statt. Der Kassenbestand zum 31.12.2016 betrug 52.953.141 €, daraus resultiert im Vergleich zum 30.11.2016, daß der Liquiditätszufluß ca. 2,2 Mio. € betrug.«

Die Liquiditätsplanung im Haushaltsplan 2017/18 basiere »auf einem vorläufigen Jahres-

rechnungsergebnis 2015 unter der Annahme, daß der planerische Verbrauch der liquiden Mittel aus 2016 im eigentlichen Haushaltsvollzug passiert. Zum jetzigen Zeitpunkt ist allerdings schon bekannt, daß dies 2016 nicht so vollzogen ist und deswegen kein Liquiditätsabfluß in der genannten Höhe vorliegt.« Die Frage, warum die Planung bei bekanntem Ist-Stand nicht korrigiert wurde und wieso sich die Finanzverwaltung beim Kassenbestand um 20 Millionen € verrechnen konnte, beantwortete Sven Siebert nicht. Er wiederholte lediglich, daß es sich um einen Planstand handele.

Eine weitere Frage galt der Finanzdezernentin Petra Stibane. Warum habe sie »im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen am 10.11.2016 von drohender Zahlungsunfähigkeit gesprochen?« Die Fraktion hatte dazu aus der Niederschrift zitiert. Petra Stibane antwortete, daß sie nicht von »drohender Zahlungsunfähigkeit« gesprochen habe. »Dieser Terminus stammt aus der Insolvenzordnung, welche die Insolvenz von Unternehmen regelt und für die öffentliche Verwaltung keine Anwendung findet.« Auf die laut Plan im Jahr 2021 verbrauchte Liquidität ging sie nicht ein.

Arbeiten an der Borsighalle:

»Das sind reine Sicherungsmaßnahmen«

Eberswalde (bbp). Bei den aktuellen Maßnahmen zur Sicherung der Borsighalle handele es sich nicht um Investitionen, sondern um laufenden Aufwand, der so auch in den Haushaltsplänen veranschlagt ist. Diese Aussage stellte Baudezernentin Anne Fellner ihren Antworten auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« voran. Die von der Fraktion herangezogene Regelung des § 16 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV), der für Investitionen eine Folgekostenberechnung vorschreibt, gelte in diesem Fall nicht. »Eine Folgekostenberechnung«, so Anne Fellner, »macht bei einer reinen Sicherungsmaßnahme, die nicht auf eine dauerhafte Nutzung durch die Stadt zielt, keinen Sinn.«

Für die Sicherung und Unterhaltung seien in den vergangenen zehn Jahre durchschnittlich jährlich 3.500 € aufgewendet worden. Allerdings könne dies nur geschätzt werden, da die Kosten für Baumfällungen, Zaunbau oder -reparatur, Verkehrssicherung usw. im allgemeinen Aufwand des Bauhofes nicht einzeln ausgewiesen sind. Hinzu kommen Kosten für Gehweg- und Straßenreinigung, die unabhängig

von Unterhaltungsmaßnahmen anfallen.

Durch die Inanspruchnahme von Fördermitteln für die »Sicherung des Baudenkmals«, die keine Sanierung ist, wie Anne Fellner betont, spare die Stadt erhebliche Eigenmittel ein, »da sie ohne die Inanspruchnahme von Fördermitteln dazu verpflichtet wäre, dies aus 100 % Eigenmitteln zu tun.«

Zur Sanierung der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule, welche die Fraktion im Zusammenhang anspricht, erklärt die Baudezernentin, daß die Sanierung keineswegs aus dem Haushaltsplan 2017/18 gestrichen worden sei. In der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2016 sei die Investitionsstrategie erläutert worden. Im Haushalt seien 1,65 Millionen € eingeplant.

In dem im Dezember beschlossenen Haushalt findet sich diese Zahl allerdings nicht. Dort sind laut mittelfristiger Investitionsplanung bis 2021 insgesamt nur 1.000.400 € für die Bürgel-Schule vorgesehen, nachdem dafür in einer früheren Entwurfsversion noch 3.500.401 € für die Schulsanierung eingeplant waren.

Darauf geht Anne Fellner in ihrer Antwort nicht ein. Sie sagt: »Auf der Grundlage eines jetzt zu erarbeitenden Sanierungskonzepts für die Schule bestehen für das Gesamtvorhaben sowie für Teilprojekte gute Chancen, beim Programm Stadumbau wie im EFRE-Bereich Fördermittel zu akquirieren« und beruft sich auf den »gefaßten Beschluß der StVV zum Haushalt«.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

Obusse nicht für Schnee und Eis geeignet **Illegale Graffiti**

Eberswalde (bbp). Im Februar dokumentierten wir eine Anfrage von OTTO BAAZ (Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde«) für die Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt (BBP 2/2016).

Inzwischen liegt die Niederschrift mit der mündlichen Beantwortung durch Baudezernentin ANNE FELLNER vor: »Der Verwaltung ist die besondere Situation der Obusse im winterlichen Straßenverkehr bekannt«, antwortet sie. »Die Zusammenarbeit mit der Barnimer Busgesellschaft mbH (BBG) ist ausgesprochen gut organisiert, die Mitarbeiter des Bauhofs, insbesondere Frau Heidenfelder als Amtsleiterin und die Schichtleiter, stehen in regelmäßigem Kontakt mit der BBG.« Anne Fellner stellt klar, daß die BBG für den Obus und mit ihr der Gesellschafter Landkreis Barnim zuständig sind und nicht die Stadtverwaltung.

Darüber hinaus informiert sie, daß FRANK WRUCK als Geschäftsführer der BBG die Obusse für den Winterbetrieb als ungünstige Fahrzeugkonstellation bezeichnet habe. Die Obusse nutzen im Winter Reifen mit speziellem Matsch- und Schneeprofil. Infolge ihrer Elektronik weisen sie jedoch »eine schwierige Drehmomentkurve auf«. Auch durch »die Lage der Antriebsachse (wird) das Fahren im Winter deutlich erschwert«.

Die Baudezernentin berichtet weiter, daß seit Anfang Februar seitens der Verwaltung Umstellungen in der Dienstzeit erfolgten, so daß die Räumfahrzeuge bereits ab 3 Uhr unterwegs waren. »In den Tourenplänen des Straßenwinterdienstes der Stadt Eberswalde stehen die

Straßen an oberster Priorität, die mit Obuslinien belegt sind, neben den Bundes- und Landesstraßen sowie zu den Versorgungsträgern Krankenhäuser und Feuerwehren usw. An besonderen Schwerpunkten in der Stadt wurden Streubehälter mit abstumpfenden Mitteln aufgestellt.« Anne Fellner informiert, daß die BBG derzeit Überlegungen trifft, künftig »ihre Fahrzeuge auf noch bessere Winterbereifung, analog der Winterbereifung des öffentlichen Nahverkehrs in Schweden oder Finnland, umzustellen«. Allerdings sei »durch die unglückliche Konstellation der technischen Ausstattung der Obusse in den Wintermonaten immer mit Einschränkungen zu rechnen«.

Die Baudezernentin versicherte: »Sowohl die BBG als auch die Stadt Eberswalde unternehmen alle Anstrengungen, um den öffentlichen Nahverkehr so störungsfrei wie möglich zu gestalten«.

Zur Nachfrage von Otto Baaz, ob an markanten Stellen bei Bedarf Splitt gestreut werden könne, informierte Bauhofleiterin KATRIN HEIDENFELDER, daß die Straßen mit Salz gestreut werden und daß das zusätzliche Streuen mit Splitt ein zusätzliches Fahrzeug erfordern würde.

Der Stadtverordnete FRANK BANASKIEWICZ regte an, Kooperationsverträge mit den Unternehmen zu schließen, die den Straßenwinterdienst außerhalb von Eberswalde tätigen, so daß die Stadt durchquerende Fahrzeuge ebenfalls Beräumungen durchführen. Dem gegenüber bat der obuserfahrene Rentner HANS MAI »um mehr Gelassenheit zum Thema Winterdienst« unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten von Obussen und Landesstraßen.

Verschönerung Ortseingang Finow

Einwohnerfrage im Eberswalder Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt

Als täglich aufmerksamer Zeitungsleser habe ich zur Kenntnis genommen, daß die Stadt Eberswalde beabsichtigt, den Ortseingang Finow, an der B167 von Finowfurt her kommend, attraktiv zu gestalten. Da habe ich mich aus zwei Gründen angesprochen gefühlt. Erstens als alter Finower und zweitens meines Berufes als Maler wegen.

In einem Schreiben an die Stadt machte ich auf die Geschmacklosigkeit der Farbgestaltung der Fassaden in dem genannten Bereich aufmerksam (BBP 12/2016).

Gelb, von elfenbein bis ocker in vielen Varianten unterbrochen von einigen graugrünen Tönen bis »unbearbeitete« Fronten bestimmen den Anblick der Eberswalder Straße. In den Fachzeitschriften seit Jahren bewitzelt, heißt es: zu DDR-Zeiten alles in Grau und heute Gelb und Grün. Mehr fällt denen nicht ein.

Um diesem Vorwurf nun für den Ortseingang Finow entgegen zu wirken, habe ich dem Stadtentwicklungsamt empfohlen, wie woanders längst üblich, einen Farbenleitplan entwickeln zu lassen. Ich habe bei meinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß bei einer

Stadtteilplanung ohne Farbpsychologie und Farbharmonie heutzutage nichts mehr geht. Diese wissenschaftlichen Bereiche sind bei nahezu allen Vorhaben, bei denen Menschen im Mittelpunkt stehen, unverzichtbar, wenn Erfolg gewollt ist.

Die Antwort war ernüchternd. Jeder darf sein Haus streichen wie er will, da er Eigentümer ist und eigenverantwortlich entscheidet. Noch verblüffender war für mich die Mitteilung, daß dadurch ein hoher Verwaltungsaufwand erzeugt würde.

Auf mein zweites Schreiben daraufhin vom 22.11.16 habe ich bis heute noch keine Antwort. Deshalb meine Fragen:

Welche Maßnahmen erwägt die Stadt überhaupt bei dem Vorhaben: »Verschönerung des Ortseingangs Finow«, Eberswalder Straße, B167? Wird die farbliche Gestaltung der Fassaden dabei eine Rolle spielen und wenn ja, nach welchen Gesichtspunkten?

Es wäre schade, wenn man diesen wichtigen Faktor eines Stadtbildes dilettantisch abarbeiten würde.

HELMUTH ADAMS

Eberswalde (bbp). Lästige Graffiti-Schmierereien sind ein Dauerthema in Eberswalde. Gegenüber VIKTOR JEDE von der Fraktion »Bündnis Eberswalde« hatten Bürger ihre Entrüstung, ihren Unmut und ihre Machtlosigkeit der Verunstaltung von Fassaden durch Graffiti-Sprayer kundgetan. »Sie scheinen kapituliert zu haben«, so Viktor Jede, »weil sie spüren, daß keine oder wirkungslose Versuche unternommen werden, dem entgegenzuwirken«. Ein Bürger habe geäußert: »Wir überlassen sehenden Auges den schlechtesten Gemütern in der Gesellschaft die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, ohne den Versuch zu unternehmen, dem etwas entgegenzusetzen.«

Die Fraktion fragte nun, wie die Stadtverwaltung die aktuelle Situation einschätze, welche Lösungsansätze es gibt, wann wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden und mit welchen Mitteln und Partnern diese umgesetzt werden. Verwaltungsdezernentin PETRA STIBANE antwortete in diesem Fall schriftlich. Sie bemerkte, daß Graffiti vom legalen Kunstwerk bis zur illegalen Schmiererei reichen. Letzteres sind Sachbeschädigungen (§ 303 StGB), wofür die Polizei zuständig sei.

»Handelt es sich bei den Schmierereien um Straftaten, welche unter § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) fallen«, so die Dezernentin, »werden diese auch durch das Ordnungsamt zur Anzeige gebracht und die Eigentümer aufgefordert, derartige Schmierereien zeitnah zu entfernen bzw. unkenntlich zu machen«. Das heißt im Umkehrschluß, daß alle anderen Schmierereien von den Geschädigten angezeigt werden müssen.

Bei der Polizei wurden 2015 insgesamt 230 Sachbeschädigungen durch Graffiti angezeigt, davon 45 Fälle der »politisch motivierten Kriminalität«. Im Jahr 2016 waren es 256 Sachbeschädigungen, darunter aber nur 23 politisch motivierte. Städtische Immobilien waren 2015 in 18 Fällen betroffen und 2016 in 14 Fällen. Dabei entstand ein Sachschaden von 2.759,38 € (2015) bzw. 1.598,01 € (2016). In den ersten beiden Wochen des Jahres 2017 gab es keine Fälle an städtischen Gebäuden.

»Schmierereien an stadteigenen Gebäuden, baulichen Anlagen, Denkmälern usw. entfernt die Stadt Eberswalde unverzüglich durch Hausmeister und Mitarbeiter der Bauämter und des Bauhofs bzw. durch von diesen beauftragte Fachfirmen. Entsprechende Reinigungsmittel und -geräte«, so Stibane, »sind hierzu vorhanden und werden erfolgreich genutzt«.

In der weiteren Antwort geht die Dezernentin auf Möglichkeiten zur legalen Graffitigestaltung ein. Weitere legale Graffiti-Flächen seien derzeit nicht geplant, »zumal sie illegale Schmierereien nicht verhindern können, sondern allenfalls zu einer (leichten) Zurückdrängung beitragen«. Hinweise für die ratlosen Bürger, die sich an die Fraktion gewandt hatten, enthielt die Antwort von Petra Stibane nicht.

Falsche Berichterstattung

Im Bericht der lokalen Tageszeitung über die Debatte zur Kreisgebietsreform im letzten Kreistag werden ausgiebig die Positionen der Freien Wähler, der SPD, der Linken und eines Vertreters der CDU wiedergegeben (MOZ, 21.3.17, »Ein Jein aus dem Barnim«).

Wir Grüne werden in den fünf Spalten mit keinem Wort erwähnt. Wir waren es jedoch, die zu dem Thema einen schriftlichen Änderungsantrag gestellt hatten, der die Ablehnung der Kreisgebietsreform unterstrich und der am Ende mehrheitlich beschlossen wurde. Linke und SPD hatten sich vorher ausführlich für (!) unseren Änderungsantrag ausgesprochen.

Wie kann so etwas sein?

Am Ende heißt es in dem MOZ-Text: »Mit 22 Stimmen von SPD und Linken geht die Stellungnahme ... durch – gegen 20 aus dem Lager der Gegner.« Richtig ist jedoch: Wir Grüne haben eine Mehrheit für die Stellungnahme ermöglicht. Ohne unsere 4 Stimmen (von 22 Ja-Stimmen) hätte es keine Mehrheit gegeben. Kein einziges Wort dazu. So werden der Öffentlichkeit wichtige Informationen vorenthalten und Sachverhalte falsch dargestellt.

Ähnliches haben wir bei den Abstimmungen zur Gründung der Barnimer Kreiswerke erlebt. Dort hatten wir den einzigen Änderungsantrag überhaupt eingebracht, der nach ausführlicher Diskussion auch eine Mehrheit des Kreistages fand. Die MOZ berichtete in aller Ausführlichkeit über die Debatte, erwähnte uns und unsere erfolgreiche Initiative für eine Bürgerbeteiligung bei den Kreiswerkeprojekten aber mit keinem einzigen Wort. Absicht?

STEFAN BÖHMER, Fraktionsvorsitzender
Grüne/B90 im Kreistag Barnim

Leitlinien Seniorenpolitik

Eberswalde (bbp). Im Februar 2014 haben die Stadtverordneten Leitlinien der Seniorenpolitik der Stadt Eberswalde und ein zugehöriges Maßnahmenpaket beschlossen. Zur Umsetzung wurden 2015 eine Bedarfsanalyse und eine Umsetzungskonzeption vergeben. Den Zuschlag erhielt für 37.500 € der Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V. Halbjährlich sollten Berichte vorgelegt werden, denen bis zum 31. Mai 2017 eine Evaluation der drei Leitlinien folgen soll.

Hierzu fragte Dr. Ilona Pischel im Ausschuß für Senioren, Bildung, Kultur und Soziales (ASBKS), ob es stimme, daß es bislang keine schriftliche Berichterstattung gab und welche Gründe es dafür gibt. Zur Vorbereitung auf die anstehende Evaluierung bittet Dr. Pischel, daß bis zur nächsten Ausschußsitzung im April neben etwa vorhandenen Unterlagen »sowohl das Angebot der Akademie 2. Lebenshälfte, als auch die Leistungsbeschreibung, erstellt durch die Stadt Eberswalde, Referat für soziale Angelegenheiten, zur Verfügung gestellt« wird. Dr. Ilona Pischel erwartet zudem, daß der Seniorenbeirat in die Informationen einbezogen wird.

Graffiti-Kunst am Trafohaus



Foto: GEMEINDE SCHORFHEIDE

Lichterfelde (bbp). Im Schorfheider Ortsteil Lichterfelde sind am 21. März in der *Steinfurter Straße* und in der *Lichterfelder Siedlung* zwei neu gestaltete Trafo-Stationen der e.dis AG übergeben worden.

Der regionale Netzbetreiber e.dis AG hat die künstlerischen Fassadenarbeiten auf Initiative des Lichterfelder Gemeindevertreters Dr. ANDREAS STEINER und in Absprache mit der Gemeindeverwaltung Schorfheide und des Lichterfelder Ortsbeirates durchführen lassen. Die Grafiken erstellten Künstler der Potsdamer Firma Art-EFX. Sie zeigen Motive aus Lichterfelde und der unmittelbaren Umgebung. Der Schorfheider Bürgermeister UWE SCHOKNECHT lobte die gut funktionierende Partnerschaft zwischen der Gemeinde und der e.dis AG. Neben den beiden Stationen in Lichterfelde hatte e.dis kürzlich auch im Ortsteil Groß Schönebeck eine Trafo-Station neu gestaltet. Er freue sich zudem »immer, wenn Initiativen und Ideen aus dem Ort selbst kommen. Das stärkt auch das

Heimatgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger.« Damit etwas Dauerhaftes zur Verschönerung des Ortsbildes geschaffen wird, habe man die Grafiken in möglichst bester Qualität ausführen lassen, betonte PETER KLEIN, Leiter Betrieb Verteilernetze Uckermark Barnim der e.dis AG. Die Gestaltungskosten liegen bei 2.000 bis 3.000 Euro pro Trafostation. Wie die Gemeinde auf ihrer Internetseite informiert, präsentieren sich die in Airbrush-Technik erstellten Bilder fließend über die vier Wände und erzeugen somit ein interessantes Raumerlebnis. Dargestellt sind an der Trafo-Station in der Steinfurter Straße neben Gebäudeansichten auch interessante Details, wie beispielsweise ein Eichhörnchen an einem Baumstamm, eine Entenfamilie oder Badegäste am See. Informativen Charakter hat indes das Trafohäuschen in der Lichterfelder Siedlung. Hier finden sich beispielsweise eine Wanderkarte der Umgebung und eine Darstellung des Lichterfelder Schlosses auf den Wänden wieder.

Grundschule Schwärzensee überfüllt

Schulen in Lichterfelde und Finowfurt sollen aushelfen

Eberswalde (bbp). Nach der Jahrtausendwende wurden in schneller Folge vier der fünf Schulen im Brandenburgischen Viertel gegen teilweise erheblichen Widerstand der Betroffenen (z.B. Schülerstreik von 2006) geschlossen und bald darauf abgerissen. Für den schnellen Abriß hatte sich Bürgermeister Friedhelm Boginski besonders engagiert, um, wie er sagte, Vandalismus an leerstehenden Gebäuden vorzubeugen. Die verbliebene Grundschule Schwärzensee zog 2014 in das für rund 2 Millionen Euro sanierte Gebäude der gymnasialen Oberstufe des OSZ II, die zuvor in einen Neubau beim Gymnasium Finow umgezogen war.

Inzwischen wird der Grundschule Schwärzensee ihr neues Domizil zu eng. Es gibt gegenüber den Prognosen aktuell deutlich mehr Grundschüler im Brandenburgischen Viertel. Dabei kann die Schule nicht einfach auf die Horträume innerhalb der Schule zurückgreifen, weil in den vergangenen Jahren auch die Kapazitäten

der Kindertagesstätten rapide reduziert wurden. Ein Ausweg wird nun gesucht, indem Schulplätze in der Nachbargemeinde Schorfheide akquiriert werden sollen. Über freie Kapazitäten verfügt insbesondere die Grundschule Lichterfelde. Aber auch die Finowfurter Schule könnte Schüler aus dem Brandenburgischen Viertel übernehmen. Entsprechende Gespräche gab es Anfang Februar zwischen der Eberswalder Bildungsamtsleiterin KERSTIN LADEWIG und der Schulamtsleiterin von Schorfheide PEGGY SYDOW.

Kiez-Einwohner haben inzwischen angeregt, künftig die Buslinie 910 nach Finowfurt über das Brandenburgische Viertel fahren zu lassen. Das würde nicht nur den Grundschulern, die künftig nach Finowfurt sollen, sondern auch den älteren Schülern zugute kommen, von denen ein Teil seit der Schließung der Albert-Einstein-Oberschule vor zehn Jahren zur Schule nach Finowfurt fahren müssen.

Langsam fällt der Groschen

auch bei 50 Hertz, aber nur ganz langsam

Am 9. März fand in der Bundesgeschäftsstelle des NABU ein Gespräch zwischen Vertretern des Freileitungsprotests und 50HERTZ statt. Es ging um den Austausch von Informationen über das weitere Verfahren zur 380kV-Freileitung (»Uckermarkleitung«).

Das Bundesverwaltungsgericht hatte mit seinem Urteil vom 21.1.2016 50HERTZ eine rechtswidrige Planung und der Genehmigungsbehörde, dem Landesbergamt für Geologie und Rohstoffe (LBGR), die Erteilung eines »rechtswidrigen und nicht vollziehbaren« Planfeststellungsbeschlusses attestiert. Damit wurde die Kritik der Bürgerinitiative an der Planung in dem seit 2008 andauernden Konflikt um den Leitungsausbau bestätigt.

Die Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses ergibt sich aus einer fehlerhaften Umweltverträglichkeitsstudie. Das Gericht hat der Planung die Unvereinbarkeit mit den Erfordernissen in den europäischen Vogelschutzgebieten (Randow-Welse-Bruch, Unteres Odertal, Schorfheide-Chorin) attestiert. Das hatten unsere Experten bereits im Planfeststellungsverfahren dargelegt und eine Abweichungsprüfung gefordert, in der der Nachweis geliefert werde, daß es keine vertretbare Alternative zu dem Vorhaben gebe. Ein Nachweis, der aber angesichts der technischen Alternativen (Erdverkabelung) und der Möglichkeiten, die Leitung anderes zu trassieren, wohl kaum zu erbringen ist. Auch die Unzulässigkeit, den Rückbau der bestehenden 220kV-Freileitung als Minimierungsmaßnahme anzusehen und den Einsatz von Leitungsmarkern mit einer Wirksamkeit von 80% oder gar 95% als Risikominimierung anzusetzen, war als Einrede auf dem Tisch, was sämtlich im Planfeststellungsverfahren von 50HERTZ und dem LBGR vom Tisch gewischt wurde.

Es war schon verwunderlich, mit welchem Optimismus die Vertreter von 50 Hertz nach der Urteilsverkündung davon sprachen, es gehe nur um einige »Ergänzungen«, die man nachreichen würde und dann werde die Leitung errichtet, denn das Gericht habe ja die Planrechtfertigung, die Trassierung und die Alternativenprüfung bestätigt. (Vgl. BBP 4/2016, Zum Urteil des BVerwG vom 21.1.2016).

Äußerst befremdlich war zudem die Reaktion von Wirtschaftsminister Gerber, der in einmaliger Distanzlosigkeit proklamierte: »Es gibt jetzt ein paar Nachbesserungen in einem ergänzenden Verfahren, die wir gemeinsam mit dem Netzbetreiber umsetzen wollen.«

Spätestens, als drei Monate später die umfangreiche schriftliche Urteilsbegründung auf dem Tisch lag, hätten bei 50HERTZ und im Wirtschaftsministerium (MWE) die Alarmglocken schellen müssen. Doch weit gefehlt. Hier glaubte man immer noch, man könne so weitermachen wie bisher. Der gemeinsame Appell von Städten, Ämtern und Gemeinden, des NABU-Brandenburg und der Bürgerinitiative »Umdenken – umschwenken!«, der am 27. April

2016 im MWE überreicht wurde, wurde ignoriert. Eine gemeinsame politische Initiative für eine Novellierung des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) zur Vereinfachung der Möglichkeiten zur teilweisen Erdverkabelung der Leitung in sensiblen Gebieten, wurde ausgeschlossen (BBP 6/2016).

Noch im November 2016 wischten die Vertreter von 50HERTZ bei einem Gespräch im MWE den Hinweis, daß eine Abweichungsprüfung unverzichtbar sei, vom Tisch.

Nun traf man sich also am 9. März wieder und der Pressesprecher von 50HERTZ referierte das Ergebnis einer neuen Studie zur Wirksamkeit von klappenförmigen Leitungsmarkern. Das Anflugrisiko für Vögel könne dadurch um 72 % vermindert werden. Anschließend referierte der Umweltplaner von 50HERTZ die Ergebnisse der 2016 durchgeführten Vogelzählungen in den sensiblen Gebieten, die Kartierung der Brutvogelarten und die Ermittlung des Mortalitätsrisikos durch Leitungsanflug für verschiedene Arten und kam zu dem Schluß, daß für Kiebitze, Goldregenpfeifer und Kraniche eine erhebliche Beeinträchtigung durch den Leitungsbau nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden könne, weshalb man im anstehenden Planergänzungsverfahren eine Abweichungsprüfung beantragen werde.

Da war also der Groschen endlich gefallen.

Es stellte sich sofort die Frage: Wie hält es 50HERTZ mit dem Vorschlag einer Erdverkabelung in den sensiblen Gebieten? Doch da stießen wir auf die bekannte beinharte Ablehnung. Der Pressesprecher von 50HERTZ führte wortreich aus, daß eine Erdverkabelung aus verschiedenen Gründen, die uns ja bekannt seien, nicht in Frage komme. Es sei eine neue Planung erforderlich, die zu neuen Betroffenheiten und unübersehbaren Prozeßrisiken führe, für die man einfach keine Zeit habe, da man nun schon wegen des Rechtsstreits zwei Jahre verloren habe. Jedes Jahr zahle 50HERTZ, also der Stromverbraucher, 50 Mio Euro für Redispatch-Maßnahmen, weil Windkraftanlagen wegen fehlenden Leitungskapazitäten vom Netz genommen werden müßten. Mit diesem Geld, so fiel ihm plötzlich auf, hätte man die Erdverkabelung der Leitung in sensiblen Gebieten leicht bezahlen können...

Eine späte Einsicht, aber der Groschen ist hier noch nicht ganz gefallen, in Sachen Erdverkabelung klemmt er fest.

Nur zur Erinnerung: Bereits im Herbst 2010, anläßlich des Endes der Auslegungsfrist für das Planfeststellungsverfahren, hatte ich in der BBP und im barnimblog 50HERTZ die Rechnung aufgemacht: Abspecken und erdverkabeln! ... Was das kostet? Auch das kann man sagen. E-

5. Regional-Energieforum

Akzeptanz und Teilhabe an Energiewende

Am 17. März hatten die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim und die Barnimer Energiegesellschaft mbH bereits zum fünftenmal zum Energieforum nach Eberswalde eingeladen. Die Landkreise Uckermark und Barnim arbeiten bereits seit vielen Jahren aktiv in und mit den Kommunen sowie deren Bürgerinnen und Bürgern daran, die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen und die Energieeffizienz zu erhöhen. Das Bedürfnis der Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden, ist groß.

Vor diesem Hintergrund griff das diesjährige Energieforum unter dem Titel »Unsere Energie für die Region« insbesondere das Thema Akzeptanz von und Teilhabe an Projekten im Rahmen der Energiewende auf. Wie bekannt ist den Menschen in der Region eigentlich das Engagement der Landkreise Uckermark und Barnim? Welche Form der Beteiligung ist gewünscht? Wie gehen Betreiber von Energieerzeugungsanlagen mit »Gegenwind« um und welche Möglichkeiten der Teilhabe bieten sie an? Diese und weitere Fragen wurden von Experten auf dem 5. Energieforum Uckermark-Barnim versucht zu beantworten.

INA BASSIN,

BEG Barnimer Energiegesellschaft mbH

on hat schon im Jahr 2007 für fünf Trassenprojekte mit Teilverkabelungen in Niedersachsen Kalkulationen vorgelegt. Pro km muß mit Mehrkosten von ca. 3Mio. Euro gerechnet werden. Die Erdverkabelung bei der Querung Eberswaldes (2,5km) würde also 7,5 Mio. Euro kosten und die Querung des Biosphärenreservats (25km) ungefähr 75 Mio. Euro. Einen Trost kann man den Leuten noch spenden: Wenn sie erdverkabeln, können sie einen kürzeren Weg durch das Biosphärenreservat nehmen und wenn sie die Leitung abspecken, wird die Erdverkabelung billiger. 82,5 Mio. Euro sind also die Obergrenze der Belastungen...

Nun, inzwischen sagt der Pressesprecher von 50HERTZ, habe man schon 100 Mio. Euro für Redispatchmaßnahmen ausgegeben und es werden mit jedem Tag mehr.

Viel Zeit für neue Lernprozesse bleibt 50HERTZ nicht mehr, denn schon im Juni 2017 will die Firma das Planergänzungsverfahren mit der Abweichungsprüfung beantragen und im Sommer oder Herbst kann mit der Planauslegung und Bürgerbeteiligung gerechnet werden. Daß 50HERTZ mit der alten Freileitungsplanung die Abweichungsprüfung durchsteht, ist äußerst fraglich.

Wir plädieren nach wie vor für »umdenken - umschwenken«, denn es bleibt dabei: **Nicht über unsere Köpfe! Keine 380kV-Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!**

HARTMUT LINDNER,

Sprecher der BI: Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Keine Flucht vor der Verantwortung!

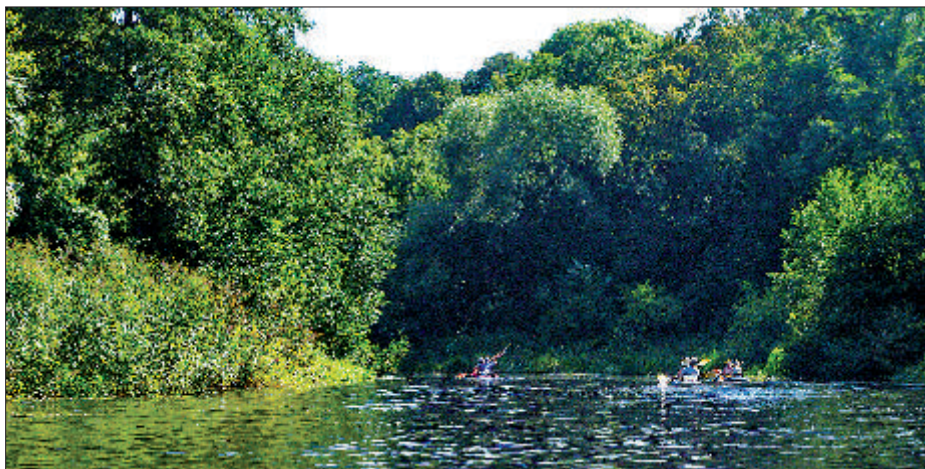
Vertrag von 1998 verpflichtet Bund und Land zur »durchgehenden Schiffbarkeit des Finowkanals«

Die Suche nach dem Schuldigen, der den »Schwarzen Peter« zieht, läuft derzeit auf Hochtouren. Das Scheitern der Verhandlungen zur Übernahme der Finowkanalschleusen kommt in die »finale Phase«.

Nach Marienwerder haben inzwischen weitere Anrainergemeinden die weiße Flagge gehißt. Oderberg und Liepe wollen die Übernahme weiterhin »solidarisch und verbal« unterstützen, sich aber keinesfalls finanziell beteiligen. Von Niederfinow wird eine ähnliche Reaktion erwartet. Inzwischen ging sogar die sich als »treibende Kraft« der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung sehende Linksfraction auf Distanz zur kommunalen Kanalübernahme.

Die Verhandlungen führt der Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI in seiner Funktion als Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal. Den Auftrag dazu erteilte die KAG, ohne daß dies durch entsprechende Beschlüsse der Gemeindevertretungen legitimiert worden war. Allerdings gab es regelmäßige Informationen.

Beispielsweise informierte Boginski schon im Januar 2015 die Stadtverordneten über die Absicht des Bundes, den Finowkanal abzugeben. Als Hintergrund nannte er damals eine Reform der Wasserschiffahrtsverwaltung (WSV), in deren Folge die Ressourcen des Wasserstraßenamtes (WSA) Eberswalde für den Finowkanal »erneut zusammengestrichen« wurden. Auf das



WSA werde starker Druck ausgeübt, so Boginski, den Finowkanal zu schließen.

Damals beauftragte die StVV den Bürgermeister auch, sich um die Aufnahme des Finowkanals in die Projektliste der WIN-Initiative, mit der bereits der »Lange Trödel« saniert und der zugeschüttete Teil des Werbellinkanal wieder aufgegraben wurde. Letzteres belastet wegen Pfusch am Bau heute die Gemeinde Marienwerder in Millionenhöhe.

Die KAG gibt es seit 1996 als Verbund der Finowkanal-Anliegergemeinden von Liebenwalde bis Hohensaaten (Bad Freienwalde), die sich die Entwicklung der Finowkanalregion auf die Fahnen geschrieben haben. Ältere Eberswalder erinnern sich, daß die Entwicklung des Finowkanals neben dem Flughafen und dem Binnenhafen eine der drei Visionen des 2006 abgewählten Bürgermeisters REINHARD SCHULZ war (vgl. hierzu: »Der Versuch einer Bilanz – die Bilanz eines Versuches. Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz«, eine Veröffentlichung der Bürgerinitiative 25. Juni, Eberswalde 2003).

Zwei Jahre nach KAG-Gründung brachten die Bemühungen zur Wiederschiffbarmachung des Finowkanals, an denen damals maßgeblich auch die PDS-Bundestagsabgeordnete Dr. DAGMAR ENKELMANN beteiligt war, einen ersten Erfolg. Am 22. Mai 1998 schlossen der Bund und das Land Brandenburg eine »Rahmenvereinbarung über die Durchführung und die

Kostenaufteilung für das Projekt 'Wiederherstellung der durchgehenden Schiffbarkeit des Finowkanals'«. Damals wurden durch Bund, Land und Kreis 41,5 Millionen D-Mark (rund 21 Millionen Euro) bereitgestellt und innerhalb der nächsten zwölf Jahre verbaut. In den Schlußbestimmungen der Rahmenvereinbarung heißt es übrigens: »Nach Abschluß der Baumaßnahme beabsichtigt der Bund, Verhandlungen mit dem Ziel der Übernahme des Finowkanals durch das Land aufzunehmen.«

Damit stellt sich die grundsätzliche Frage, wieso der Bund überhaupt mit den Kommunen zwecks Übergabe des Finowkanals verhandelt und nicht – wie vertraglich vereinbart – mit dem Land Brandenburg? Das Land ist bereits Eigentümerin des »Langen Trödel« und plant auch, den neuen Werbellinkanal zu übernehmen (MOZ, 07.03.2017). Allerdings erst, nachdem die Gemeinde Marienwerder den Kanal auf ihre Kosten abgedichtet hat.

Wie dem auch sei, am Ende dürfte es darauf hinauslaufen, daß auch der Finowkanal vom Land Brandenburg übernommen wird. Der Streit um die Sanierung der Schleusen wird damit sicherlich nur in eine weitere Runde gehen. Alle Beteiligten sollten sich aber durchaus an den Vertrag von 1998 erinnern und daran, wer sich da zur »Wiederherstellung der durchgehenden Schiffbarkeit« verpflichtet hatte.

GERD MARKMANN

Und hier wollen Laien bauen...

Bisher habe ich von dem für 100.000 Euro eingekauften Gutachten zur Finowkanal-Übernahme noch keine Zahlen zu den Einnahmen gesehen. Oder wie viele Arbeitsplätze schafft das denn wirklich in der Region?

Ich verstehe unter Wirtschaftlichkeitsberechnung das Gegenüberstellen von Ausgaben und Einnahmen. Hier wird immer wieder nur von Ausgaben gesprochen.

Die Zeitscheiben halte ich auch für unrealistisch. Zwei Schleusen pro Jahr zu sanieren, ha-

ben noch nicht einmal wir als WSA hinbekommen. Einmal hatten wir zwei Wehrsaniierungen parallel. Aber das macht die Bearbeiterin auch nicht nochmal. Und hier wollen Laien bauen! Wie am Werbellinkanal und am langen Trödel.

Die Frage des Denkmalschutzes ist auch nicht näher betrachtet worden. Die Unterhaltungskosten sind aus meiner Sicht ebenfalls völlig unzureichend kalkuliert.

WILHELMINA MUELLER,
ehemalige Mitarbeiterin des WSA Eberswalde

Hintergrundinformation:

Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal (KAG) wurde 1996 von den Anrainergemeinden gegründet, mit dem Ziel, die Region am Finowkanal zu entwickeln. Die Finanzierung der KAG erfolgt durch Umlage, die sich an der Einwohnerzahl orientiert (2015: 1,20 € pro Einwohner). Hinzu kommt ein Zuschuß des Landkreises Barnim für die Geschäftsstelle in Höhe von 20.000 € p.a. (bis 2008: 25.000 €). Die Gemeinden sind nicht mit allen ihren Ortsteilen in der KAG vertreten. So gehört beispielsweise in Eberswalde das Brandenburgische Viertel nicht zur KAG. Wandlitz ist nur mit dem Ortsteil Zerpenschleuse vertreten, Schorfheide mit Finowfurt und Altenhof, während die Stadt Bad Freienwalde durch ihren Ortsteil Hohensaaten in der KAG ist. Die Stadt Eberswalde übernimmt etwa zwei Drittel der KAG-Kosten (2013: knapp 25 T€, 2014: knapp 40 T€). Seit 2009 ist der Europäische Regionale Förderverein e.V. (eRFV e.V.) Träger der Geschäftsstelle. Der eRFV ist seitdem für die juristische Außenvertretung zuständig, das heißt, jede Auszahlung oder rechtsverbindliche Vereinbarung muß vom eRFV-Geschäftsführer Danko Jur unterzeichnet werden. Danko Jur, ehemaliger Bürgermeister von Marienwerder, sitzt derzeit für die CDU in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde.

Plädoyer für den Finowkanal

Mit unserem anhaltenden Engagement für den Erhalt des historischen Finowkanals haben wir breite Unterstützung in der Bevölkerung erlangen können; nun stehen die Bürgermeister, Stadtverordneten und Gemeindevertreter der KAG-Region vor einer historischen Aufgabe.

Am 24. Februar veranstaltete unsere Initiative unser drittes Finowkanal-Symposium. Hier zeigten die Referenten aus Deutschland und Polen sowie aus dem deutsch-niederländischen Grenzgebiet Positiv-Beispiele zu Entwicklungen an anderen Wasserrevieren. Begeistern konnten die Vorträge über die Wasserstadt Leipzig, die neuen Kanäle für den Wassertourismus zwischen Holland und Deutschland, die malerischen historischen Schiffe auf dem Elisabethfehnkanal... DIETER HÜTTE von der TMB Tourismusmarketing Brandenburg GmbH sagte: »Produktionsstätten lassen sich verlagern. Doch Arbeitsplätze im Wassertourismus kann man nicht ins Ausland exportieren.«

Die neunköpfige Delegation hochrangiger Gäste aus Bydgoszcz (Bromberg) und Toru (Thorn) zeigte mit ihrer Beteiligung am Symposium, wie wichtig unseren polnischen Nachbarn die Zusammenarbeit mit unserer Region ist. Von Kosten wurde nur am Rande geredet: Leipzig: »Das kriegen wir schon hin«. Niedersachsen: »Die Holländer bieten uns einen denkmalgerechten Schleusenneubau für 800 T€«. Bydgoszcz: »Die neu erbaute historische Schleuse Nr. 1 am Bromberger Kanal kostete (mit Maschinenhaus und Ausstellung) 1 Mio €«. Zitat aus Schottland: »Der Betrieb des touristischen Rotations-Hebewerks in Falkirk kostet pro Jahr 1 Mio. Euro und bringt der Region außer 400 Arbeitsplätzen jedes Jahr 26 Mio € an Einnahmen«.

Wir – die zahlreichen Mitglieder und Unterstützer unserer Initiative – haben für den Erhalt des Finowkanals und seiner Industriekultur getan, was wir als Verein mit unseren Möglichkeiten zu leisten in der Lage waren. Nun sind Sie an der Reihe. Als Stadtverordnete und Gemeindevertreter der Region tragen Sie Verantwortung für die Zukunft unserer Region,

unserer Kinder und der uns nachfolgenden Generationen. Sie persönlich und jeder für sich müssen in diesen Tagen entscheiden:

- Wollen wir den Besuchern aus Holland, Belgien, England, Frankreich und Skandinavien die (Schleusen-)Tore vor der Nase zuklappen?
 - Verzichten wir einfach auf die Gäste aus verschiedenen Ländern Europas, die bei uns einkaufen, übernachten und speisen wollen?
 - Wenn lebendige Wasserwege anderswo für Zuzug und wirtschaftliche Entwicklung sorgen, brauchen wir das hier nicht?
 - Wollen wir die Existenzgrundlage derjenigen Unternehmer gefährden, die trotz jahrzehntelanger Ungewißheit schon vor einer permanenten Lösung auf die Zukunft unseres Kanals gebaut haben?
 - Angesichts immer weiterer Betriebe, die aus unserer Region abwandern – sind uns die durch (Wasser-)Tourismus zwangsläufig entstehenden Arbeitsplätze unwichtig?
- Und schließlich:
- Haben wir so gar kein Vertrauen in unsere eigenen Fähigkeiten, so daß wir angesichts eines fiktiven Zahlenwerks (Kostenprognose) schon verzagen, noch bevor wir uns mit den Chancen und Einnahmemöglichkeiten eines touristisch entwickelten Finowkanals wirklich befassen?

Wir hoffen inständig auf Ihre positive Entscheidung zum Erhalt des Finowkanals mitsamt seiner durchgängigen Schiffbarkeit. Die Kosten und weitere Details sind heute nicht Gegenstand Ihrer Erwägungen. Die Region braucht Ihr positives Votum, damit überhaupt eine Chance besteht, mit dem Bund über die Finanzierung und die weiteren Modalitäten zu verhandeln. Wir sind sehr gespannt, wie sich jeder von Ihnen entscheiden wird.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Der Finowkanal ist gerettet!

Eberswalde (bbp). In der letzten Wochenendausgabe der lokalen Tageszeitung im Monat März haben 36 unterzeichnende Unternehmen, Vereine und Vereinigungen die Übernahme des Finowkanals in ihre Regie gefordert. Die Lasten sind damit auf breite Schultern verteilt. Zu den laufenden Betriebskosten, die nach jüngster Kalkulation mit gut 800.000 € pro Jahr veranschlagt werden, muß jeder der 36 nur knapp 23.000 € aufbringen. Mögliche Unterstützung durch die Anliegergemeinden und den Kreis könnten diese Belastung sogar noch verringern.

Auch die Investitionen bleiben für den Einzelnen bei den vielen Beteiligten überschaubar. Die erwartete Höchstbelastung im Jahr 2025 von 6,28 Mio, wovon der Bund 50 % tragen will – es bleiben also für die Region 3,14 Mio €

– bedeutet für den einzelnen Unterzeichner ein Beitrag von weniger als 88.000 €. In allen anderen Jahren liegt der Investitionsaufwand deutlich darunter. Im Durchschnitt sind weniger als 100.000 € pro Jahr von einem Unterzeichner aufzubringen, um die durchgängige Schiffbarkeit für Motorkajütboote auf dem Finowkanal zu retten.

Inzwischen wurden allerdings erste Zweifel laut, ob Unterzeichner wie der Bezirksverband der Kleingärtner und der Kreisanglerverband, die zusammen etwa 14.000 Mitglieder vertreten, zur Unterzeichnung der Anzeige tatsächlich legitimiert waren. Einzelne Mitglieder wollen sich dagegen wehren, auch wenn bspw. jeder einzelne Gartenfreund nur 12,50 € pro Jahr für Betrieb und Instandsetzung des Kanals beisteuern müßte.

KAG nicht rechtsverbindlich

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI führt im Auftrag der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal als deren Vorsitzender die aktuellen Verhandlungen mit dem Bund zur Übergabe der Finowkanal-Schleusen an die Mitgliedsgemeinden der KAG. Die Eberswalder Verwaltungsdezernentin PETRA STIBANE teilte nun auf Anfrage der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« mit, daß Boginski als Vorsitzender und der Vorstand der KAG insgesamt gar keine rechtsverbindlichen Zusagen geben und keine rechtsverbindlichen Vereinbarungen abschließen können. Die Trägerschaft der KAG und damit die rechtliche Vertretung der KAG Region Finowkanal, obliegt allein dem europäischen Regionalen Förderverein (eRFV) e.V. und wird durch den Geschäftsführer des eRFV e.V. DANKO JUR wahrgenommen. Er ist auch alleiniger Zeichnungsberechtigter für die finanziellen Mittel der KAG, die durch die Mitgliedsgemeinden per Umlage bereitgestellt werden.

Der heutige CDU-Stadtverordnete war vor seiner Übersiedlung nach Eberswalde als Bürgermeister von Marienwerder maßgeblich für den Bau des neuen Werbellinkanals mitverantwortlich. Wegen erheblicher Baumängel muß die Gemeinde Marienwerder aktuell Mehrkosten in Millionenhöhe verkraften.

Dezernentin Stibane teilte desweiteren mit, daß nach Maßgabe der derzeit geltenden Trägervereinbarung – die nicht öffentlich ist – der eRFV e.V. grundsätzlich an die Beschlüsse der KAG-Mitgliederversammlung gebunden sei. Der KAG-Vorstand könne auch die Rücknahme oder Veränderung von Entscheidungen des eRFV e.V. verlangen. Die Entscheidungen des Vorstands der KAG seien dabei »abschließend bindend«.

www.bar-blog.de

Denkzettel verpassen!

So knallhart kapitalistisch die Sparkasse Barnim auftritt, um Kosten zu sparen, so knallhart rationell sollten in letzter Konsequenz jetzt auch die Groß Schönebecker Sparkassenkunden mit diesem beratungsresistenten Institut umgehen!

Ich kann ihnen nur empfehlen, ihre Konten aufzulösen und zu Onlinebanken zu gehen. Denn welche kundenfreundlichen Leistungen kann die Sparkasse jetzt noch bieten, was ING-DiBa & Co. nicht haben?

Wer weiß, vielleicht kommt bei der Sparkasse sogar bald die nächste Hiobsbotschaft mit der Einführung von Negativzinsen auf Sparkonten oder ähnliche Schweinereien, um den Kunden das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Dr. ANDREAS STEINER, Gemeindevertreter
Schorfheide, Freie Wähler/BKB

WHG Eberswalde: Spekulationsverluste

Eberswalde (bbp). Laut den Beteiligungsberichten 2014 und 2015 sank die Zinsaufwandsquote (Zinsen auf Fremdkapital im Verhältnis zum Umsatz) der WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH von 17,1 % (2013) auf 12,7 % (2015). Im gleichen Zeitraum stieg die Personalaufwandsquote von 12 auf 13,1 % (nach 13,4 % im Jahr 2013) und der Umsatz nahm trotz abnehmendem Wohnungsbestand um gut 1,7 Mio € zu. Der Aufwand für Zinsen und Personal sank demnach von 7,5 auf 7,1 Mio €. Zugleich ist aber seit 2013 auch das Jahresergebnis um 1 Mio € gesunken.

In den Beteiligungsberichten werden nur ausgewählte Kennzahlen der städtischen Tochtergesellschaften wiedergegeben. Abschreibungen, Ausgaben für Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Kosten können demnach nur rechnerisch ermittelt werden. Demnach stiegen diese sonstigen Kosten zwischen 2012 und 2015 von 17,5 Mio € auf 20,2 Mio €. Während diese Kostensteigerung 2013 mit 175 T€ noch moderat ausfiel, lag sie im Jahr 2014 schon 1,8 Mio € und 2015 sogar 2,7 Mio € über dem Wert von 2012.

Wie sich diese sonstigen Kosten zusammensetzen, steht nicht in den Beteiligungsberichten. Allerdings bringt der »verkürzte Lagebericht« etwas Licht ins Dunkel. Demnach belastet eine Sonderabschreibung in Höhe von 1,3 Mio € das Ergebnis für 2015. Und bereits 2014 schlugen Sonderabschreibungen von 1,9 Mio € ins Kontor. Im 2014er Bericht steht auch drin, was da abgeschrieben wurde: Nämlich 0,5 Mio € für den geplanten (nicht realisierten) Abriss in der Potsdamer Allee sowie von 1,4 Mio € für die in Bau befindlichen Objekte SchillerQuartier und MichaelisGärten (siehe auch: »Rote Zahlen auf lange Sicht« in BBP 11/2015).

Mit den Sonderabschreibungen wurden demnach geschäftliche Fehlspekulationen der WHG für Prestigeobjekte, die durch Aufsichtsratschef, Gesellschaftsvertreter und Bürgermeister Boginski vorangetrieben wurden, auf kaufmännische Weise in der Bilanz glattgestellt. Die aktuelle Anhebung von Bestandsmieten trägt dazu bei, diese außerordentlichen Verluste der WHG auszugleichen.

Preisskat und Rommé

Am 22. April lädt die SPD Finow ab 15 Uhr zu ihrem 9. Preisskat- und Romméturnier ein. Alle Teilnehmer erhalten einen Preis. Es wird eine Startgebühr von 10 Euro pro Person erhoben. Die Anmeldungen mit Zahlung der Startgebühr bis 12. April an: Ringo Wrase, Eberswalder Str. 70, 16227 Eberswalde.

Das Turnier beginnt um 14 Uhr in den Räumen der Eberswalder Schützengilde 1588 e.V. in der Wolfswinkler Straße 19 in Finow (Parkplatz vorhanden). Einlaß ist ab 14.30 Uhr.

RINGO WRASE

Neuem Mietspiegel folgt Mieterhöhung

Offener Brief an Bürgermeister: Gesellschaftszweck der WHG wird mißachtet

Eberswalde (bbp). Seit Herbst 2016 hat die Stadt Eberswalde einen neuen Mietspiegel. Es ist ein einfacher Mietspiegel, für den die Wohnungsgesellschaften und privaten Vermieter die Daten von Neuvermietungen oder Mieterhöhungen der letzten vier Jahre lieferten. Die stadteneigene WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft hat nun für einen Teil ihrer Mieter die Bestandsmieten an die neuen Mietspiegelwerte »angepaßt«. In einigen Fällen steigen die Mieten bis zu 11 Prozent.

Albrecht Triller vertritt die Auffassung, daß dies in deutlichem Widerspruch zum Anspruch des Gesellschaftsvertrags der WHG steht, der in § 2 Absatz 1 formuliert: »Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten«. Er übergab daher in der Hauptausschußsitzung am 23. März einen »Offenen Brief« an Bürgermeister Friedrich Boginski, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der WHG und kraft seines Amtes einziger Vertreter in der Gesellschafterversammlung.

Die aktuellen Mieterhöhungsbegehren werden »erneut die Frage auf, wie die WHG ihren satzungsgemäßen Auftrag für sozialverträgliche Mieten erfüllt«, schreibt Triller. Er erinnert daran, daß sich im Mai 2016 die drei Fraktionen DIE SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen in gleicher Angelegenheit mit einer Anfrage an den Bürgermeister gewandt hatten (BBP 7/2016). Statt Antwort zu geben, lud der Bürgermeister fünf Monate später zu einer privaten »Denk- und Diskussionsrunde zu Begrifflichkeiten den Unternehmenszweck der WHG betreffend« ein. Einen Tag vor der regulären Oktober-Stadtverordnetenversammlung sollten die Stadtverordneten sozusagen ihre Fragen selber beantworten. Das Treffen ging letztlich aus wie das Hornberger Schießen. (BBP 11/2016).

Etwa zeitgleich wurde der neue Mietspiegel von den Stadtverordneten per Informationsvorlage zur Kenntnis genommen. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 12 vom 21.12.2016 wurde der Mietspiegel rechtskräftig. Dem folgten die erwähnten Mieterhöhungsverlangen der WHG auf dem Fuße.

»Diese Mieterhöhungen«, so Albrecht Triller in seinem offenen Brief, »erfolgen offensichtlich nicht aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die sich aus der Kostenentwicklung der jeweiligen Wohnung ergeben, sondern folgen nur dem Mietniveau laut neuem Mietspiegel«. Nach ihm vorliegenden Fällen (Wohnungen mit Baujahr 1930 bis 1949, bis 50 m², Ausstattungsklasse 3) seit 2007 jeweilige Steigerungen der Kaltmiete je m² um 9,8 % (2010), 8,9 % (2013) und 10 % (2017). Die Erhöhung der Quadratmetermiete von 4,60 € im Jahr 2007 auf aktuell 6,05 € summiert sich auf 31,5 %. »Als Begründung wird angegeben: Ihre Miete entspricht nicht mehr dem ortsüblichen Mietpreis für vergleichbare Wohnungen. Das bedeutet, daß die Mieterhöhung nur der allgemeinen Entwicklung der Mietpreise laut Mietspiegel folgt. Wirtschaftliche Erfordernisse zur Mieterhöhung sind nicht zu erkennen, ebenso wenig wie Erwägungen zur Sozialverträglichkeit der Mieterhöhung.«

Die WHG als größter Vermieter in der Stadt »liefert mit ihren zum Mietspiegel gelieferten Angaben zugleich für sich selbst die Grundlage für ihre nächste Mieterhöhung. Sie folgt damit weniger dem Mietspiegel«. Vielmehr treibe sie mittels Mietspiegel Mieterhöhungen weiter voran.

Dies zeigen auch die aktuellen Wohnungsangebote der WHG und der WBG im Internet, die meist deutlich über den aktuellen Vergleichsmieten laut Mietspiegel liegen. So zeige »sich schon jetzt die zu erwartende Tendenz der Steigerung der Vergleichsmietenwerte im nächsten Mietspiegel... Eine Zurückhaltung bei den eigenen Mieterhöhungen der WHG als Marktführer unter den Wohnungsunternehmen würde ein Bremsen der Mietentwicklung bewirken. Zugleich könnte ein niedrigeres Mietniveau der WHG eine Mieterwanderung zur WHG und damit eine Verminderung des Leerstandes bewirken.«

Die realisierten Gewinne trotz hohem Leerstand sprechen »eher für ein ungerechtfertigt hohes Mietniveau als für eine gute wirtschaftliche Arbeit. Das zeigt sich auch darin, daß die WHG derzeit Verluste verkraftet, die ihr durch unwirtschaftliche Aufgaben und Projekte entstehen.«

Laut Jahresabschlußbericht 2014 (veröffentlicht im Bundesanzeiger) kalkuliert die WHG mit durchschnittlichen Mietsteigerungen von 1 % pro Jahr. Das sind nach 10 Jahren (mit Zinsezinseffekt) etwa 10,5 %. Tatsächlich stiegen die Mieten in zehn Jahren, wie das Beispiel zeigt, aber um mehr als 30 %. Es ist der Mietspiegel, der hier preistreibend wirkt. Denn »die durchschnittlichen Mietpreise laut Mietspiegel VI – IX in der Kategorie des vorgenannten Falls (stiegen) von 4,40 €/m² auf 6,04 €/m², und damit um 37 %«. Die Anwendung der Mietspiegel widerspreche damit der Zielstellung der WHG »und führt zu einer unzumutbaren Mieterhöhung«.

Es müßten auch die erheblich gestiegenen Betriebskosten, insbesondere Heizungskosten, gesehen werden, welche die Vermieter lediglich durchreichen. »Daraus leitet sich eine treuhänderische Pflicht der WHG gegenüber den Mietern ab, die Betriebskosten auf das zwingend notwendige Maß zu reduzieren. Diese Pflicht wird von der WHG weder anerkannt, noch praktiziert.« Ein Beispiel seien die überhöhten Anschlußkosten für die Fernwärme.

Über die Diskrepanz zwischen Gesellschaftszweck (Versorgung »breiter Schichten der Bevölkerung ... mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten«) und Wirklichkeit sollten, so Triller, die Stadtverordneten beraten. Er fügte dazu Vorschläge bei, mit denen der Gesellschaftsvertrag hinsichtlich der Ziele sicherer gemacht werden kann (vgl. BBP 12/2016, S. 8).

Eberswalder 100-Bäume-Programm 2017:

Nach Fallsaison beginnt Pflanzsaison



Eberswalde (prest-ew). Pünktlich zum Frühlingsbeginn begann für den städtischen Bauhof die diesjährige Pflanzsaison. 196 Bäume und 1.685 Sträucher beziehungsweise Bodendecker werden nach den Plänen des Tiefbauamtes innerhalb der nächsten Wochen im gesamten Stadtgebiet verteilt. *»Am auffälligsten wird wohl die neue Bepflanzung der großen Kübel am Markt sein«,* so Baudezernentin Anne Fellner. *»Hier wollen wir mit Blutpflaumen und Perückensträuchern mehr Farbe ins Zentrum bringen.«*

Auch einige Kitas und die Grundschule Finow werden bei der diesjährigen Pflanzung bedacht. So können die Schüler der Grundschule Finow demnächst ihre Pausenbrote durch Obst vom eigenen Schulhof ergänzen. Apfel-, Kirsch- und ein Pfirsichbäumchen werden dort als Spalierobst gepflanzt. In den Kitas setzt man zudem auf Arten, die insektenfreundlich sind und so die Kinder zur Naturbeobachtung einladen, wie den Schmetterlingsstrauch.

Natürlich wird es auch wieder straßenbegleitende Pflanzungen geben, wie zum Beispiel mit Weiden in der Walzwerkstraße oder mit Winterlinden in der Prenzlauer Straße. Im Leibnizviertel wird im Zuge der barrierefreien Neugestaltung des Gehweges entlang der Robert-

Koch-Straße eine bestehende Betonfläche an der Ecke zur Virchow-Straße entsiegelt und anschließend mit 4 Ahornen und 120 Fingersträuchern begrünt. Die Georg-Friedrich-Hegel Straße wird 16 Ahorne erhalten, welche besser an diesen Standort angepaßt sind, als die Pappeln zuvor.

Das Ziel des städtischen 100-Bäume-Programms wird somit auch in diesem Jahr mehr als erfüllt und seit dem vergangenen Jahr durch Strauchpflanzungen ergänzt.

»Aber nicht nur die Verwaltung kann dafür Sorge tragen, daß es grüner wird in der Stadt. Auch Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kitas sind eingeladen, ihr direktes Umfeld grüner zu gestalten«, so die Ermunterung der Baudezernentin an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Unterstützung gibt es auch in diesem Jahr durch die Förderrichtlinie für *»Umweltprojekte«* der Stadt Eberswalde. So sind finanzielle Zuschüsse zum Beispiel für Fassadenbegrünungen, die ökologische Aufwertung des eigenen Wohnumfeldes oder Umweltbildungsmaßnahmen an Schulen oder Kitas möglich. Nähere Informationen sind auf der Webseite der Stadt und im Stadtentwicklungsamt unter Telefon 03334/64616 erhältlich.

Geförderte Sprachförderung in Kitas

Eberswalde/Schorfheide (bbp). Die 2. Welle des Bundesförderprogramms *»Sprach-Kitas«* hat den Oberbarnim erreicht. Darüber informierte Anfang März der SPD-Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE. Die geförderten Kitas erhalten eine pauschale Fördersumme von 100.000 Euro, die sie für Personal- und Sachkosten bis 2020 verwenden können. Schwerpunkte des Bundesprogramms *»Sprach-Kitas«* sind neben der Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung, die Förderung einer inklusiven Pädagogik und der Zusammenarbeit mit Familien. Es richtet sich hauptsächlich an Kindertageseinrichtungen, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf besucht werden.

Über das Bundesprogramm wird in den Einrichtungen jeweils eine halbe Stelle für eine zusätzliche Fachkraft gefördert, die das Kita-Team darin unterstützt, die Handlungskompetenzen in Bezug auf die Programmschwerpunkte fortlaufend weiterzuentwickeln.

Nutznießer der zweiten Förderwelle sind in Eberswalde die drei die Kitas *»Kinderparadies Nordend«, »Pusteblume«* in Finow-Ost und *»Gestiefler Kater«* im Brandenburgischen Viertel. In der Gemeinde Schorfheide erhalten die Kitas *»Zwergenstube«* in Finowfurt und *»Borstel«* in Groß Schönebeck Unterstützung durch das Bundesförderprogramm.

In der ersten Welle 2016 hatte bereits die Integrationskita *»Kinderland«* im Leibnizviertel eine vierjährige Unterstützung erhalten.

Waldstadt: Fehlanzeige

Eine Waldstadt in dem Sinne, daß sachgemäß mit Bäumen umgegangen wird, ist Eberswalde schon lange nicht mehr. Ich beobachte und begleite dies kritisch schon seit Jahren, seit der Zeit, als ich noch Eberswalder Bürger war. Bäume fallen in Eberswalde schnell der Kettensäge zum Opfer und man bemüht sich seitens der Stadtverwaltung auch um keine Alternativlösungen, diese zu erhalten. Stattdessen wird lieber neu gepflanzt, was auf die Dauer teurer als der Erhalt ist.

Dann diese furchtbaren Baumschnitte, ja Verstümmelungen, die dann zum Absterben der Bäume führen (wie bei den Pappeln in der Georg-Friedrich-Hegel-Straße). Hinzu kommt die Beauftragung von *»Baumfällgutachten«,* oder wie ich es nennen möchte, *»Gefälligkeitsgutachten«,* womit die Stadt immer ein genehmes Ingenieurbüro beauftragt. Hier steht das Urteil schon vorab fest: Das Ende des Baumes.

Ich finde es gut, daß von den Bürgern mittlerweile mehr Protest kommt. Doch über diesen setzt sich die Stadt locker hinweg. Es müßten andere, kräftigere Hebel eingesetzt werden, um die Stadtpolitik zu mehr ökologischem Verständnis und Handeln zu bewegen!

Dr. ANDREAS STEINER

Baumfällungen nach Plan

Eberswalde (bbp). Ein Einwohner aus der Fritz-Weineck-Straße nutzte die Einwohnerfragestunde der StVV im Februar, um seinen Unmut über die Abholzung vieler älterer Bäume im Kopernikusring zu äußern. Er fragte, welchen Zweck es habe, daß dort nur noch Stümpfe übrig gelassen wurden. Baudezernentin ANNE FELLNER übernahm es, zu antworten. Sie teilte mit, daß die Baumfällungen in Zusammenhang mit der Baumaßnahme Fritz-Weineck-Straße stünden und *»auch in den entsprechenden Plänen verzeichnet wurden.«* Diese Pläne, stellte die Dezernentin klar, beruhen auf dem *»hierfür erarbeiteten präzisen neuen Plan des Vermessers.«*

Sonnenstrom der WHG

Eberswalde (bbp). Im Dezember 2016 hatte die Stadtverwaltung mit arger Verspätung die Teilungsberichte für 2014 und 2015 vorgelegt. Dem sachkundigen Einwohner im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen MANFRED MARTIN war aufgefallen, daß bei der SSGE Solarstrom GmbH Eberswalde, Tochterunternehmen der WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH, die Leistungskennzahlen für die Solarerträge fehlte.

Im März lieferte der städtische Teilungsverwalter ANDY HAß die Zahlen nach. Die Solarerträge, so Andy Haß, *»werden aus fünf durch die SSGE betriebenen Photovoltaikanlagen mit einer Gesamtleistung von 328 kWp generiert.«* Mit den fünf Anlagen wurden 280 MWh im Jahr 2013, 220 MWh im Jahr 2014 und 314 MWh im Jahr 2015 dem Stromnetz zugeführt.

Ostermarsch



Nun ist es endlich Frühling. Frühling bringt Leben in die Natur und für die Menschen Hoffnung auf eine friedliche Zukunft.

Ich möchte die Hoffnungen und Wünsche der Frau von der Leyen erfahren. Man sollte nicht annehmen, daß sie unsere Heimat vor Krieg schützt. Mit ihrer aktiven Aufrüstung erhöht sie die Kriegsgefahr.

An der Spitze der Kriegstreiber sieht sie ihre Erfüllung. Ihre Bundeswehr ist im Ausland als Ausbilder tätig. Aber sie bilden keine Dachdecker, Maurer oder Bäcker aus, sondern Mörder fürs Kriegsgeschäft!

Wenn Frau von der Leyen im Juli 1943 mit mir und meinem Stiefvater den Kölner Friedhof betreten hätte – der uns nur mit Sondergenehmigung geöffnet wurde, da mein Stiefvater Sonderurlaub hatte und seine Schwester mit Baby unter den 30.000 toten Zivilisten der Stadt Köln suchen wollte – sie hätte den Leichengeruch aus den Tausenden von Särgen riechen können. Die Menschen waren so, wie sie gefunden wurden, in die Kisten gepackt worden. Ich sehe noch das Pappschild vor mir, das an einen der Särgе geheftet war. »18 unbekannt Leichen« stand darauf. Wo ich dies schreibe, bekomme ich heute noch eine Gänsehaut.

Gänsehaut bekomme ich auch, wenn ich an die militärische Spitze denke, an die Frau von der Leyen unser Land bringen will. Unser Land wäre bestimmt vor Krieg sicherer, wenn Frau von der Leyen an ihren Kochtopf ginge. Mir wäre wohler bei dem Gedanken.

Am Samstag, dem 8. April, werde ich als 93jährige Friedenskämpferin in Potsdam mit beim Friedensostermarsch dabei sein. Mit dem Wunsch, daß unsere Enkel und Urenkel sich nie mehr an solche Grausamkeiten erinnern müssen, wie ich sie erlebte.

Mein größter Wunsch: Menschen, laßt Euch nicht einreden, daß es schon immer Kriege gab und auch weiter geben wird. Macht endlich Schluß damit!

ELISABETH MONSIG, *Eure rote Oma*

Die drei Tage der Condor

Filmkritik, USA - D - F, 2015, 195 min

Es beginnt ein normaler Arbeitstag auf dem Flughafen in Lissabon. Der Check-In des Frühfluges CO2666 nach Warschau verläuft planmäßig. Wegen des Ostwindes startet die Boeing 737 diesmal in Richtung Land und fliegt im Steigflug zu den Pyrenäen. Kaum ist die Reiseflughöhe erreicht, drückt den Kapitän die Blase und er muß auf ein gewisses Örtchen. Darauf haben zwei djihadistische Terroristen an Bord nur gewartet. Der eine geht ebenfalls zur Toilette und setzt den 1. Piloten mit einer Chemikalie außer Gefecht. Der zweite Djihadist geht in Richtung Kabine und dringt blitzschnell ins Cockpit ein. Die Zuschauer sehen in Zeitlupe, wie er vor dem Verschließen der Tür das Klebeband am Riegel entfernt, der eigentlich die Tür sichern sollte. Die Putzfrau war also eine Komplizin!

In einem kurzen Handgemenge mit dem Co-Piloten gewinnt der Schurke die Oberhand und verklebt dem armen Luft-Offizier Mund, Arme und Beine. Dann läßt er den zweiten Terroristen ins Cockpit und beide versuchen, mit Youtube-Videos trainiert, die Boeing unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch das Flugzeug reagiert auf keine Steuerung. Schnurstracks fliegt es über Südfrankreich in Richtung Alpenhauptkamm. Eigentlich wollten sie ja nach Paris, in den Eiffelturm fliegen, und nun das! Schlimmste Verwünschungen senden sie in Richtung Hölle. Sie reißen dem am Boden liegenden Co-Piloten das Tape vom Mund und drohen mit Folter, wenn er ihnen nicht hilft. Doch die Condor-Piloten haben eine stählerne Ausbildung hinter sich: Auch unter Folter geben sie kein Sterbenswörtchen preis!

Mittlerweile bemerkt der Condor-Flugsheriff Jerzy Pomorski, daß der Kapitän immer noch nicht vom »Geschäft« zurückgekommen ist. Er wird mißtrauisch und findet den Flugzeugführer bewußtlos am Boden. Schnell benachrichtigt er die Stewardessen, und eine unter ihnen, Elisa Rasczkova, hält dem 55-jährigen Luftfahrt-Granden das Hausmittelchen ihrer Oma unter die Nase und der Pilot erwacht sofort. Mit einer Geheimzahl, dem Geburtsdatum seiner Schwiegermutter, öffnet er die Cockpit-

Tür. Luftsheriff Jerzy stürmt in die Kabine und befördert mit einer Kalaschnikow-Salve die Terroristen, beide kaum 25 Jahre alt, ins Paradies. Leider wird auch der tapfere Co-Pilot getroffen und so verblutet er in den Armen einer Stewardess.

Der Kapitän erkennt sofort den Ernst der Lage. Die Boeing bewegt sich in einem schnellen Sinkflug auf das Großglockner-Massiv zu. Er bewegt das Höhenruder, doch nichts passiert, 200 Passagiere rasen auf den sicheren Tod zu! Doch jetzt fällt es ihm wieder ein: Die Sicherung! Alle Condor-Piloten tragen eine lasergravierte Kenn-Nummer in der Augenlinse. Immer noch benommen von den K.O.-Tropfen, schafft es der Erste Pilot, wieder den Bordcomputer zu übernehmen. Das Flugzeug reagiert wieder! Doch ringsherum hohe Berge, keine Chance, sie zu überfliegen! In einem atemberaubenden Crash setzt der Condor-Pilot die Boeing 737 auf den Gletscher auf. Hollywood greift hier tief in die Spezialeffekte-Trickkiste, die die Kinobesucher atemlos in ihre XXL-Sessel pressen.

Gerettet! Die Passagiere und die Crew haben die Katastrophe überlebt. Sofort nehmen sich die österreichischen und polnischen Behörden der Sache an. Was sie jedoch aus dieser Geschichte machen, das erfahren Sie in Teil 2, der nicht weniger dramatisch ist und der im nächsten Frühjahr erscheint.

Eine Trauer bleibt aber, der heldenhafte Co-Pilot (gespielt von Till Schweiger) mußte mit dem Leben bezahlen. Am Ende des Films sehen wir nur einen kurzen Blick auf die Beerdigung: Am Grab stehen alle Stewardessen, Sheriff Jerzy Pomorski in tiefer Verzweiflung und der Kapitän des Fluges CO2666 von Lissabon nach Warschau. Und die Tränen fließen nur so.

Welches Geheimmittel Elisa Rasczkova in ihrer Tasche hatte und warum dieser Flug nicht wie viele andere so tödlich im Ozean, in der Wüste oder im Hochgebirge endete, das soll an dieser Stelle nicht verraten werden ... Gehen Sie ins Kino!

Die drei Tage der Condor, 195 min, D - F - USA 2015

JÜRGEN GRAMZOW

Kommunales Kino im Heidekrug

Freitags ist Kinotag. Immer um 19.30 Uhr. Am 31. März zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 Joachimsthal im kommunalen Kino den Film TSCHICK (BRD 2016). Zwei seltsame Jungs im geklauten Lada auf dem Weg in die Walachei – das ist der Stoff für einen großen Roman. Oder einen wunderbaren Film. Oder beides. Fatih Akins Verfilmung des Kultbuchs von Wolfgang Herrndorf ist ein wildes Roadmovie und eine herrliche Geschichte über das Anderssein. (Länge: 93 Minuten, FSK: 12).

Eine Woche später, am 7. April, folgt der Dokumentarfilm VON BANANENBÄUMEN TRÄUMEN von Antje Hubert (BRD 2017). Vor dem Hintergrund der anhaltenden Landflucht in Europa porträtiert der Dokumentarfilm eine kleine, aber wachsende Dorfbewegung mit kühnen Plänen und einer Aktiengesellschaft. Ihr Geschäftsmodell beinhaltet Gülle, afrikanische Welse und sogar Bananenbäume (Länge: 92 Minuten, FSK: 0). Eintritt: jeweils 6 Euro.

GISBERT AMM

25 Jahre Freundschaft

Am 11. März trafen sich Mitglieder und Freunde der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft (BFG) e.V. Eberswalde im Hotel »Am Brunnenberg« anlässlich ihres 25jährigen Jubiläums. Es war für alle eine sehr schöne Veranstaltung.

Es wurde die Bilanz der 25jährigen Tätigkeit gezogen. Großen Beifall erntete die Grußbotschaft der Freunde des Hauses der Offiziere in Rostow am Don. Bei Kaffee und Kuchen hörten wir die Musik der Donkosaken. Wir diskutierten über das Thema Freundschaft und tauschten Erfahrungen aus. Vor allem wurde deutlich, daß die Frage der Freundschaft mit der Friedensproblematik zusammenhängt.

Gedichte von Maria Benditz umrahmten die Veranstaltung und die Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft sangen russische Lieder.

Der Vorsitzende des Landesverbandes der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Bernd Muck überreichte dem Vorsitzenden der BFG e.V. Eberswalde Waldemar Hickel die Ehrennadel des Bundesverbandes Deutscher West-Ost Gesellschaften für die von ihm geleistete Arbeit.

DIETHELM DAHLER

Grüße aus Rostow

Lieber Waldemar, unsere sehr geehrten deutschen Freunde! Wir gratulieren Euch zum 25. Jahrestag der BFG. Alle diese Jahre tragt Ihr liebevoll durch das Leben, bewahrt und vermehrt Ihr solche Werte wie Freundschaft zwischen den Völkern, die Ehre, Würde, Ehrlichkeit, Treue, Liebe, eine aktive Lebensposition und die Erinnerung an das Heldentum im Namen des Lebens. Wir sind froh, daß Nonna Semjonowa Iwastchenko ins Geschichtsmuseum unseres Militärbezirkes als Vertreterin der Freundschaftsgesellschaft kam und eine enge Verbindung zwischen unseren Organisationen herstellte. Und unsere Freundschaft ist nun schon mehr als 10 Jahre alt. Alles, womit wir uns in verschiedenen Ländern beschäftigen, nähert uns einander an, verbindet unsere Völker. Und möge das, was Ihr macht, Euch das Leben verlängern, es interessanter, markanter, heller, weiser und besser machen. Unser ganzes Kollektiv wünscht Euch von ganzem Herzen eine kräftige Gesundheit, Wohlergehen in Euren Familien, Glück, einen reinen Himmel, eine helle Sonne und Frieden auf dem Planeten Erde. Mit großer Achtung

Rostow am Don 26.02.2017

WIKTOR LASCHENKO

(Vorsitzender des FGBU »Haus der Offiziere des südlichen Militärbezirkes« MO Rußland, Diensthabender Mitarbeiter der Kultur),

SERGEJ STORTSCHAK

(Leiter des militär-hist. Museums des mil. Südbezirkes),

MARINA ANTIPOWA (Museumsführerin),

GALINA KAPUSTINA

(Witwe des Fliegers B.W. Kapustin)

Nachruf auf Günter Bochow

Am 1. Februar 2017 habe ich Günter zum letzten Mal gesehen, die Kleine Galerie eröffnete eine neue Ausstellung, eine Retrospektive zum Werk des 2011 verstorbenen Eberswalder Malers und Grafikers Gerhard Wienckowski. Viele Leute. Günter spielte mit Boris Schlüter seinen Jazz. Am Wochenende zuvor lief er uns im Kaffeehaus Gustav mit seinem großen Sohn Albrecht über den Weg, beide besorgt um Frau bzw. Mutter, die sie gerade ins Krankenhaus bringen mußten, Günter zudem von einer Grippe selbst geschwächt. Um so überraschter und erfreuter waren wir, als wir die Familie zur Vernissage im Sparkassenforum sehen. Ein kleines Wunder. Jetzt, wenige Wochen später, ist Günter tot.

1988 muß ich Günter das erste Mal gesehen haben, auf der Bühne, bei einem Konzert mit dem R & B Collegium im Klub Heinrich-Mann in der Eberswalder Goethestraße. Die Abende mit der formidablen Amateurband, damals mitunter noch mit drei, vier Bläsern, waren Ereignisse. Ziemlich gute Stimmung, es wurde getanzt, geschwitzt. Später, in den Neunzigern, als wir mit Konzerten in der Eberswalder »Garage« starteten, habe ich die Band oft eingeladen. Bei Jazz in E. No. 1 im Jahr 1995 und zum Jubiläum bei Jazz in E. No. 15 im Jahr 2009 waren die lokalen Matadoren um Günter auch im Festivalprogramm dabei.

Richtig kennengelernt haben wir uns im Herbst 1989 beim NEUEN FORUM in Eberswalde. Der dezentral organisierten Bürgerrechtsbewegung ging es grundsätzlich und zunächst um Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Und dies voraussetzend um eine Auseinandersetzung, wie es weitergehen kann mit diesem Land.

Insofern fanden wir uns wie selbstverständlich zu inhaltlich arbeitenden Gruppen zusammen. Friedemann Gillert, Günter und ich gründeten die Arbeitsgruppe »Frieden und Entmilitarisierung«. Gleich in unserem ersten Papier im November 1989 wandten wir uns gegen die vormilitärische Ausbildung in der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), da »...die Psyche der Jugendlichen vergiftet und die Friedensfähigkeit herabgesetzt wird«. Wir suchten zu dritt den Kreisvorstand der GST auf, diskutierten mit dem Leiter des Militärpolitischen Kabinetts und dem des Wehrdienstkommandos, trafen uns mit einem Major im zentralen Panzergerätelager Finow, veröffentlichten unser Papier »Entmilitarisierung? Eckpunkte einer Arbeit im Kommunalen?«, entwickelten die Idee eines Friedenszentrums, aus dem später dann tatsächlich das Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit« entstand, demonstrierten mit mehr als 1.000 weiteren Bürgern im Mai 1990 gegen Militärflugplatz und Fluglärm, eröffneten im gleichen Jahr die Serie der Gesprächskreise »Ohne Gewalt leben« und trugen die Kampagne »Eberswalde ohne Armee«.

Ich war mit Ende Zwanzig deutlich jünger als meine beiden Mitstreiter. An Günter haben mich seine Klarheit in der Sache und seine mit Bedacht vorgetragenen Statements beeindruckt, obwohl mir seine innere Erregung durchaus nicht verborgen blieb.

Aus dem Kreisvorstand der GST in der Wilhelm-Pieck-Straße 20 (heute Eisenbahnstraße), zugleich Sitz der Nationalen Front, wurde schon Anfang 1990 das Haus der neuen politischen Bewegungen. 1992 öffnete sich die Garage auf dem Hof und wurde mehr und mehr zu unserem Kulturort. Und häufig zum Jazzort.

Günter als Jazzfan gehörte zu den Stammgästen, konnte sich wunderbar auf die Musik einlassen, nickte, wenn es vorzüglich war und ging des öfteren wohl selig nach Haus. Wenn ein Trompeter sich ankündigte, fehlte er nie. Ich nehme an, daß Günter auch alle bislang 22 Jazz-in-E-Festivals besucht hat.

Im Vorjahr notierte Thomas Melzer im Festivalblog, wie die alten Kämpen vom R & B Collegium, und damit meinte er Günter und Bernd Eggeling, nach dem Eröffnungskonzert mit dem New Blues Projekt von Aki Takase beim Hinausgehen schwärmten: »Es war ein Gedicht«.

Schon da ging es Günter eigentlich nicht gut, wir sahen ihn jetzt selten und es hatte seinen Grund. Schwere Gedanken machten ihm das Leben schwer. Oder, wie einer seiner Söhne mir sagte, vielleicht konnte er sich einfach mit dem Altwerden nicht abfinden. Dabei denke ich immer noch, er hätte ein wunderbarer Alter werden können. Traurig.

Günter Bochow wird über Himmelfahrt bei Jazz in E. No. 23 fehlen.

UDO MUSZYNSKI

Kulturbeirat hat gewählt

Eberswalde (bbp). Der Kulturbeirat hat einen neuen Vorsitzenden. Wie der Beirat mitteilte, wurde der bisherige Vorsitzende ENRICO RAVENÉ abgewählt. Der neu gewählte Vorsitzende des Kulturbeirates ist CHRISTIAN SCHOMMARTZ. PAULA THORMANN bestimmten die Beiratsmitglieder zur 1. Stellvertreterin. Weitere Stellvertreter sind ULRICH WESSOLLEK und THOMAS HAMPEL.

»Zwangsweise« in Juchte

»Zwangsweise« geht es am Sonnabend, den 8. April, im Joachimsthaler Kulturhaus Heidekrug zu, wenn das gleichnamige Berliner Musik-Kabarett-Duo zu Gast ist. Der Eintritt beträgt 10 Euro. Der kabarettistische Liedermacher ULF HENRICH und Klavier-Kabarettist TOM VAN ORTEN teilen sich unfreiwillig die Bühne, denn es herrscht allgemeine Bühnenknappheit in Deutschland... GISBERT AMM

Geschichte und Geschichten einer Straße:

Das KantQuartier auf dem Husarenberg

von Dieter Kempfert

Kürzlich beging die WHG Wohnungs- und Hausverwaltungs-GmbH den 25. Jahrestag ihres Bestehens. Ein achtbares Jubiläum – Gratulation! Am 17. Januar 1992 beschlossen die Eberswalder Stadtverordneten die Gründung des stadteigenen Wohnungsunternehmens. Aus dem VEB Gebäudewirtschaft wurde die WHG. Mit dem Blick auf die würdige 25 wurde in den Leitungsgremien von einer Erfolgsgeschichte gesprochen, deren neuester Akt der Ausbau des KantQuartiers darstellt. Den Geburtstag nahmen wir zum Anlaß, um einen weiteren unserer schon traditionellen Stadtpaziergänge zu unternehmen.

Wir starteten in der Blumenwerder Straße. Der Name der Straße geht zurück auf zwei einstige Eigentümer des dortigen Geländes namens Blume. Das findet man beim Chronisten RUDOLF SCHMIDT. Beide könnten als Namensgeber gelten. Die Straße beginnt an der Eisenbahnstraße. Beim ehemaligen Hotel »Saumsiegel« (später China-restaurant, heute leer stehend) zogen wir los, um zur einstigen Husarenbergstraße zu gelangen, dem eigentlichen Ziel unseres Stadtpaziergangs. Heute heißt sie Kantstraße, benannt nach dem Philosophen EMANUEL KANT.

Nur der obere Teil der Straße, in Richtung Bahnhof, ist gegenwärtig noch mit historischem Kopfsteinpflaster ausgelegt. Nach dem Krieg standen dort zwei Ruinen, für uns Halbwüchsige damals sehr schreckeneinflößend. Beide waren Folge der Bombenangriffe deutscher Flieger auf Eberswalde in der Nacht vom 25. zum 26. April 1945. Eine Ruine wurde vollständig abgerissen, die zweite wegen geringer Schäden zu DDR-Zeiten wieder aufgebaut. In Verlängerung der Blumenwerder Straße führte damals eine breite stabile Treppe aus starken Holzbohlen hinunter in die Niederung am Finowkanal (heute eine ausgedehnte Kleingartenanlage), die täglich von den Kriegsgefangenen aus dem dortigen Gefangenenlager auf dem Weg zur Zwangsarbeit im RAW (Reichsbahnausbesserungswerk) benutzt wurde.

Die linke Straßenseite nach der Kreuzung füllte früher das Baugeschäft Gundelach aus, zur DDR-Zeit vom Altstoffhandel Mielke genutzt. Damals machte ein Spruch die Runde: »Flasche leer, nichts mehr drin – schnell zu Mielke hin!« Die Älteren erinnern sich vielleicht noch an diese Kino-Werbung. Gegenwärtig wird das Gelände teilweise als Parkplatz genutzt.

Weiter ging's vorbei an der ehem. Eberswalder Holz- und Kohlehandlung Gläser. In diesem Bereich, etwa in Höhe der Hausnummer 28, versperrte im April 1945 eine riesige Panzersperre die Straße. Die Straßensperre bestand aus starken Kiefernstämmen und zwischengelagerten Feldsteinen. Lediglich für Anwohner und Passanten hatte man schmale Durchgänge auf den Bürgersteigen eingebaut.

Unmittelbar darauf steuerten wir die Kreuzung mit der Grabowstraße an. Die Straße und der integrierte Platz vor dem heutigen Gymnasium sind benannt nach dem früheren Prenzlauer Bürgermeister Wilhelm Grabow. Zur DDR-Zeit trug der Platz den Namen des weltbekannten Ringers WERNER SEELENBINDER, ei-

nes revolutionären Arbeitersportlers – Vierter im Olympischen Turnier von 1936. Er wurde 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet. Die dort einmündende Nebenstraße trägt auch heute noch seinen Namen. Der Platz erhielt 2011 auf Vorschlag der Bündnisgrünen den Namen »Neuer Blumenplatz«, angelehnt an das Gedicht »Campo de' Fiori« des polnischen Dichters und Literaturnobelpreisträgers CZESLAW MILOSZ von 1943, in dem er die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber den Verbrechen im Warschauer Ghetto behandelt.

WILHELM GRABOW (1802-1874) war freisinniger Abgeordneter und zeitweilig Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses. Ferner war er Kreis- und Provinzial-Landtagsmitglied, wie auch Mitglied der 1848er Preußischen Nationalversammlung, welche er auch kurze Zeit präsidierte. Die Grabowstraße endet an der früheren Kaiser-Friedrich-Straße, die heutige Rudolf-Breitscheid-Straße.

An der Kreuzung der Husarenberg-/Kantstraße mit der Grabowstraße verweilen wir einen Moment. Hier existierten früher zwei Geschäfte, der Lebensmittelladen der Familie Bohm und gegenüber die Bäckerei Häberlein. Der Lebensmittelladen Bohm wurde inzwischen zu einer Wohnung umgebaut. Die ehemalige Bäckerei beherbergt heute eine Glaserei mit Laden.

Weiter ging es zum Standort Spar- und Bauverein. Schon von weitem fiel uns eine Menschengruppe auf, die, ausgerüstet mit Fotoapparaten und Ferngläsern lebhaft, diskutierte. Offenbar hatte sich dort eine Gruppe von Heimatfreunden eingefunden, was sich im Nachhinein auch bestätigte.

Rudolf Schmidt schreibt in seiner Schrift »Orts- und Flurnamen des Stadtkreises Eberswalde«, daß dort, wo die Wohnquartiere des besagten Vereins angesiedelt sind, nach der preußischen Niederlage gegen Napoleon bei Jena und Auerstedt ein Militärstandort entstand: »Im Dezember 1808 erhielt unsere Stadt eine Eskadron des Ersten Brandenburgischen Husarenregiments, für die ein besonderer Exerzierplatz auf dem Husarenberg« – daher der frühere Straßename – angelegt wurde.

Im Frühjahr 1883 meldete der Preußische Stadt- und Landbote dann: »R.S. und Com. lassen den ihnen gehörigen 'Husarenberg' ... abtragen, um den Platz zu Baustellen zu verwenden...«. Rudolf Schmidt schreibt: »Hier haben wir den Anfang der Husarenbergstraße zu sehen«. Die Husarenbergstraße (wie gesagt: heute Kant-

straße) zieht sich von der Blumenwerder Straße und darüber hinaus bis zur Wilhelmstraße hin. Im unteren Bereich findet sich auch der spätere Baugrund für weitere Wohneinheiten des Spar- und Bauvereins.

Der Spar- und Bauverein wurde 1893 gegründet. Sein Motto: »Genossenschaftlich der Geist, gemeinnützig die Tat, das ist die Losung der genossenschaftlichen Bewegung. Sie möge in unserem Verein bleiben immerdar«. Erste Wohnbauten hatte der Verein bereits von 1893 bis 1897 in der Breiten Straße 2a und 2b errichtet. Eine Modernisierung soll 1936 erfolgt sein. In den 1920er Jahren wechselte die Bautätigkeit zur Husarenbergstraße. Auf dem öden Sandberg entstand im Laufe der Jahre in unermüdlicher Arbeit ein Wohnhaus nach dem anderen. Ihre Bauart wechselte mit den Jahren und die innere Ausstattung wurde allmählich neuzeitlichen Verhältnissen angepaßt.

Blaue Metallplatten an den Häusern geben eine kurze, knappe Auskunft. Deutlich geworden ist vor allem, daß die Häuser nicht den Charakter von Mietskasernen annahmen. Typisch ist für die zuletzt errichteten Wohneinheiten der hochaufgeschossene Bau, z.T. mit den großen gefächerten Fenstern, den massiven Balkons auf der Sonnenaufgangsseite und, man kann es kaum glauben, mit einem Gemeinschaftsbad auf dem Dachboden. Na so was! Ein achtbarer Fortschritt in der Eberswalder Baugeschichte.

Und noch eins: Daß sich die Mieter in den Häusern des Spar- und Bauvereins immer wohlgefühlt haben, beweist die Tatsache, daß in vielen Fällen die Kinder der ersten Mieter die Wohnungen der Eltern übernahmen. Leider fielen auch hier Gebäudeteile den Bombenangriffen vom April 45 zum Opfer, wurden jedoch bald wieder wohnlich hergerichtet.

Die heutige WBG Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. hat den Gebäudekomplex in den vergangenen Jahren aufwendig instandgesetzt und modernisiert. Mit dem eingefaltnen Platz wirkt die Wohnanlage besonders einladend.

Nur der linke Gebäudeflügel, der nicht der Genossenschaft gehört, harrete noch der Sanierung. Hier, bei den Häusern mit den Hausnummern 11, 13 und 15, hat die WHG im vorigen Jahr begonnen, ihr »KantQuartier«, in das auch das Gründerzeithaus in der Wilhelmstraße 5 einbezogen wird, zu modernisieren.

Dort endet unser Spaziergang durch die Geschichte einer Straße.

Historische Dorfstraße in Klandorf:

Moderation statt Konfrontation

Schorfheide (bbp). Die Schorfheider Gemeindevertretung folgte am 21. März einstimmig dem Vorschlag der Fraktionen Freie Wähler/BKB, Wir/Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE, den Streit um die Klandorfer Dorfstraße durch Professor JÜRGEN PETERS wissenschaftlich begleiten und moderieren zu lassen.

Ursprünglich sollte die Gemeindevertretung schon abschließend über den Ausbau entscheiden. Die Einwohner hätten danach nur zwischen mehreren Ausbauvarianten entscheiden dürfen, während die von der Mehrheit präferierte Instandsetzungsvariante nicht mehr zur Auswahl gestanden hätte.

Den Bürgern die Ehre geraubt...

Die Unterschriftensammlung zum Erhalt der alten Dorfstraße in Klandorf fand bisher 94 Unterzeichner. Mit ihr wird gefordert, daß die Bauvariante I (Instandsetzung) des Gutachters Volker Südmeier (Büro Weiland) Bestandteil des Auswahlverfahrens bleibt, mit dem die Anlieger die Bauvarianten auswählen dürfen.

Zu den Mitunterzeichnern gehören bekannte Persönlichkeiten wie Professor Michael Succow (Begründer des Nationalparkprogramms der DDR, welchem auch das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin seinen Ursprung verdankt, Träger des Right Livelihood Awards – Alternativer Nobelpreis, des Großen Bundesverdienstkreuzes und zahlreicher weiterer Auszeichnungen) oder Tobias Lehmann (Direktor des Uckermärkischen Nationaltheaters).

Aus Klandorf haben 74 Personen unterschrieben, das sind 81 Prozent der Anlieger (ausgewertet nach wirtschaftlichen Grundstücken), darunter auch der Gemeindekirchenrat.

Dieses Votum wird in der Schorfheider Gemeindevertretung durch niemanden aus Klandorf präsentiert. Unser Ortsvorsteher hat sich nach über zweieinhalb Jahren des Schweigens gegenüber den Klandorfern in einem Interview der MOZ vom 16. März (*»Kombination mit Extrakosten«*) erstmalig, aber wie von vielen lange vermutet und befürchtet, für einen Neubau bzw. Hocheinbau ausgesprochen. Bitte lesen Sie dazu den nachfolgenden Leserbrief von Herrn Zunke, welcher die Stimmung im Dorf recht gut widerspiegelt.

KURT OPPERMANN

Ich möchte mich für das gute Interview bedanken, das Herr Marschall in der MOZ mit dem Klandorfer Ortsvorsteher OLAF PIEPER geführt hat. Offenbart es doch ein Demokratieverständnis, das nur Ärger hinterlassen kann.

In Brandenburg vertritt ein Ortsvorsteher die Bürger des Ortsteils gegenüber den Organen der Gemeinde. Nicht mehr und nicht weniger! Klandorf ist von einer derartigen Vertretung weit entfernt.

Zunächst zur Straße: Untergrund und Stabilität der Straße sind gut. Ein durch die rege Bürgerinitiative durchgesetztes Gutachten zeigt eine Vielzahl von Varianten auf, wie auf dieser Grundlage die Verkehrssituation verbessert werden kann. Das ist zunächst eine gute Basis für die Meinungsbildung im Ort, die zwingend erforderlich ist. Meinungsbildung und nicht Polarisierung.

Die Dorfstraße prägt herausragend das Ortsbild. Klandorf liegt in der landschaftlich bevorzugten Region des Biosphärenreservats Schorfheide. Für eine wirklich ernst zu nehmende Anzahl von Bürgern des Ortes ist das auch ein Argument bei der Beurteilung der Sanierungsvarianten.

Das Gutachten kann ebenfalls ein Ausgangspunkt sein, das Ortsbild noch weiter zu verbessern. Es öffnet Chancen, auch durch Förderprogramme, dem Anspruch der Region mehr gerecht zu werden.

Jetzt erfahren wir Bürger, daß wir zu wesentlichen Varianten des Gutachtens und zu den

sich daraus ergebenden Möglichkeiten überhaupt nicht gefragt werden sollen. Der Ortsvorsteher spricht *»von einem großen Entgegenkommen«*, eine gefilterte Option anzukreuzen.

Ein geordneter Diskurs zur Meinungsbildung, der diesen Namen verdient, hat hier in Klandorf nicht stattgefunden. Es finden weder *»Ortsgespräche«* noch öffentliche Sitzungen des Ortsbeirates statt (letztmalig im September 2015). Wie ein Ortsvorsteher auf dieser Grundlage zu einer *»Lieblingsvariante«* und zu der Einschätzung *»der Frieden im Dorf wird nicht dauerhaft gestört«* kommen kann, ist rätselhaft. Die angemessene Vertretung der Bürger des Ortes gegenüber der Gemeinde ist auf dieser Grundlage nicht möglich.

Bürgerbeteiligung auf unterster kommunaler Ebene ist ein hohes Gut, insbesondere in einer repräsentativen Demokratie. Hier wird Politik täglich spürbar. Hier Möglichkeiten und Gestaltungsraum zu öffnen, verhindert die Hinwendung zu politischen Rattenfängern aller Richtungen.

In einem demokratischen Prozeß zu gewinnen oder zu unterliegen, ist etwas Ehrenhaftes. Entscheidend ist dabei zuzulassen, daß die Bürger in einer offenen Abstimmung über die gesamte Bandbreite des Gutachtens ihre Meinung äußern können. Partizipation in den Fragen, die die Bürger unmittelbar betreffen, ist Kern einer Demokratie.

Das Übergehen einer deutlich geäußerten Auffassung entehrt den Bürger.

KRISTIAN ZUNKE

Neue Radsaison

Die ganz Mutigen starteten schon am 11. März. Am 26. März folgte das Anradeln der Eberswalder Radgruppe auf einer 40-Kilometer-Tour nach Marienwerder. Nachfolgend zwei Angebote für Alltagsradler von KURT BERUS:

I. Die EBERSWALDER RADGRUPPE fährt monatlich, trifft sich immer auf dem Markt Eberswalde. Wer kommt, kann mitfahren. Abfahrt ist von April bis September jeweils um 9 Uhr, sonst um 10 Uhr.

23.04.: Nonnenfließ ü. Spechthausen; Schönholz-Tuchen-Heckelberg-Struwenberg (45 km)

21.05.: Großschönebeck (60 km)

25.06.: Liepnizsee (70 km)

30.07.: Hohenwutzen ü. Tornow-Falkenberg-Altglietzen; Wendtshof-Bralitz-Treidelweg (85 km)

27.08.: Liebenwalde ü. Zerpenschleuse; Hammer-Eichhorst (75 km)

24.09.: Liepe-Chorin-Golzow; Blütenberg (40 km)

29.10.: Biesenthal durch Wald (Telekomstr); BUR – Finowfurt (40 km)

12.11.: Abradeln nach Marienwerder (40 km)

II. Café »KUNST&RAD WILDÄU« lädt ein zu Radwanderungen zu den schönsten Plätzen der Schorfheide.

08.04.: Tour zum Schwärzensee; Route: Wildäu–Finowfurt–Finow–Schwärzee und zurück (40 km)

13.05.: Fahrt zum Kloster Chorin; Route: Wildäu–Joachimsthal–Althüttendorf–Senftenhütte–Kloster Chorin und zurück (60 km)

17.06.: Quer durch die Schorfheide zum Wolletzsee (50 km)

15.07.: Friedrichswalde mit Besuch des Holzschuhmuseums; Route: Wildäu–Joachimsthal–Friedrichswalde und zurück (45 km)

12.08.: Fahrt nach Zehdenick mit Besuch des Wasserturms; Route: Wildäu–Schluft–Kappe–Zehdenick und zurück (60 km)

09.09.: Tour zum Nonnenfließ und Besuch Biesenthal; Route: Wildäu–Finowfurt–Biesenthal und zurück (50 km)

14.10.: Herbsttour zum Wasserturm nach Finow; Route: Wildäu – Altenhof – Lichterfelde – Finow und zurück (40 km)

Alle Touren beginnen um 10 Uhr am Cafe »Kunst&Rad« in Wildäu, Rückankunft: ca. 15/16 Uhr. Die Teilnehmer der Touren werden unterwegs durch Kunst&Rad gepflegt. Die Radwanderungen werden durch das Cafe Kunst&Rad in Wildäu gesponsert. Unkosten: Eintrittsgelder und Kosten für Picknick (ca. 5 €)

Interessenten melden sich unter Telefon: 033363/523878 oder 0160/5878104 oder eMail: kunstundrad@web.de.

Volkssolidarität sammelt

Die traditionellen Listensammlung der Volkssolidarität ist seit Anfang März im Gange und endet am 30. April. Unter dem Motto *»Miteinander – Füreinander«* sammeln Ehrenamtliche für soziale Projekte der Region, die sonst nicht zu finanzieren wären.

Unsere Ehren- und Hauptamtlichen werden Sie mit einer Sammelkarte besuchen und mit Ihnen über die Volkssolidarität ins Gespräch kommen, auch darüber, wofür Ihre Spende konkret verwendet werden soll.

ANDREA HOEHNE

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AfW): Position zur Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft

Die Fraktionen in der StVV Eberswalde sind von Bürgermeister Boginski aufgefordert worden, ihm bis zum 30.03.2017 ihre Position zur künftigen Verfahrensweise in Sachen Finowkanalübernahme zu signalisieren. Die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AfW) hat sich auf ihrer Fraktionssitzung am 24.03.2017 auf folgende Positionen geeinigt:

Wir erklären erneut unmißverständlich, daß wir uns zur (Tourismus)-Region Finowkanal heute und zukünftig bekennen.

In Kenntnis der uns bisher immer nur in Bruchstücken und unvollständig übermittelten Zahlen und Fakten schlagen wir vor, die »finale Phase zur kommunalen Übernahme des Schleusenbetriebes« mit dem Bund zeitnah zu beenden. Die bisherigen Ziel- und Aufgabenstellungen sollten nicht weiter verfolgt werden. Denn diese stellen sich immer mehr als alibihaft und illusionär heraus.

Wir sind dafür, einen anderen, einen ziel- und ergebnisorientierten Weg einzuschlagen, der die Betreibung und Unterhaltung des Finowkanals für die heutige und die nächsten Generationen nicht zuletzt auch finanziell absichert.

Die derzeit nur sehr intransparent für die Einwohnerschaft und kommunale Mandatsträgerschaft kommunizierten Zahlen und Informationen lassen nur eine Schlußfolgerung zu: Hände weg von Experimenten, Visionen, Träumereien und Legenden von vermeintlichen »blühenden Landschaften«, die die Kommunen auf Jahrzehnte in finanzielle Abhängigkeiten oder sogar ins kommunale Chaos und in den finanziellen Ruin stürzen!

Die vielgepriesene »Fairtrade-Stadt« Eberswalde braucht absolut keine Etablierung eines weiteren Niedriglohnsektors mit prekären und familienfeindlichen Beschäftigungsverhältnissen, die den sozialen Frieden in der Stadt Eberswalde in Frage stellen. Davon haben wir bereits genug und viele ArbeitnehmerInnen haben gelinde gesagt einfach die »Schmauze voll« davon.

Wir sagen als kommunale Mandatsträger und Einwohner der Stadt Eberswalde JA zu einer weiteren zukunftsorientierten und gedeihlichen Entwicklung sowie der finanziellen Unterstützung unserer touristischen Highlights und Alleinstellungsmerkmale wie:

- den Eberswalder Zoo
- das Sport- und Erholungszentrum Westend mit seinem Freizeitbad baff
- den Eberswalder Familiengarten

Wir sagen weiterhin JA zur finanziellen Unterstützung durch die Stadt:

- für den dringend notwendigen Erhalt und die aktive Nutzung einer generationsübergreifenden sozialen Infrastruktur in Eberswalde
- für moderne energieeffiziente, barrierefreie

Kindertagesstätten und Schulen sowie Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen – für eine aktive Vereinsarbeit, die jederzeit auch sozial Benachteiligten und Geflüchteten eine Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben in der Kommune möglich macht

– für eine zukunftsorientierte familienfreundliche Verkehrsinfrastruktur

– für Aktivitäten, die das Wohnen in sozialen Brennpunkten wie dem Brandenburgischen Viertel attraktiver und lebenswerter gestaltet

– für die kontinuierliche Abarbeitung des Investitionstaus bei der Geh- und Radwegsanierung in Eberswalde.

Dies ist alles in akuter Gefahr, wenn die Stadt Eberswalde jährlich 2 bis 5 Millionen Euro zusätzlich aus dem Stadthaushalt für die kommunale Betreibung des Finowkanals bzw. seiner Schleusen und die damit zusammenhängenden Investitionen bereitstellen soll.

Deshalb fordern wir dringend ein, daß die Verantwortung zur Betreibung und Erhalt der Schiffbarkeit des Finowkanals auch zukünftig beim Bund bleiben muß. Selbstredend stehen hier auch das Land Brandenburg und in geringerem Maße der Landkreis Barnim in der Pflicht.

Bund und Land haben sich dafür schon im Jahr 1998 in einer Rahmenvereinbarung namens »Wiederherstellung der durchgehenden Schiffbarkeit des Finowkanals« verpflichtet. Diese Rahmenvereinbarung ist den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und inhaltlich, finanziell, organisatorisch und personell für die nächsten Jahrzehnte »wasserdicht«, belastbar und vor allem nutzbar zu machen.

Hierauf sollte zukünftig die KAG Region Finowkanal das Hauptaugenmerk in ihren Verhandlungen mit dem Bund, dem Land Brandenburg und dem Landkreis Barnim legen.

Das setzt aber auch voraus, daß alle Einwohner und kommunalen Mandatsträger der Stadt Eberswalde und aller anderen beteiligten Kommunen in der Region Finowkanal jederzeit ehrlich und transparent informiert werden. Die bisherige Salamtaktik bei der Beteiligung an wichtigen Informationslagen und Meinungsbildungsprozessen sollte der Vergangenheit angehören.

CARSTEN ZINN,
Fraktionsvorsitzender

Nach Redaktionsschluß

Nebenstehende Ausführungen der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« zur geplanten Übernahme des Finowkanals in kommunale Trägerschaft hatte die Fraktion an die Lokalredaktion der hiesigen Tageszeitung übermittelt. Eine Veröffentlichung in der »Barnimer Bürgerpost« war nicht vorgesehen. Als am 28. März die Veröffentlichung in dem Lokalblatt erfolgte, zeigte sich die Fraktion erschrocken, wie wenig von ihren Positionen verwendet worden war. Letztlich fühlten sich die Fraktionsmitglieder als »ewige Nörgler und Neinsager« dargestellt. Daher bat der Fraktionsvorsitzende kurzfristig darum, nun doch ihre Positionen in der »Barnimer Bürgerpost« veröffentlichen zu können. Da sich diese zu diesem Zeitpunkt faktisch bereits auf dem Weg zur Druckerei befand, war dies leider nur noch mittels kostenpflichtiger Anzeige möglich.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Lesemarathon

Dienstag, 25. April, Lesemarathon anlässlich des Welttag des Buches in der Buchhandlung
Das Team der Buchhandlung Mahler
(Eisenbahnstr. 2, 16225 Eberswalde)

Kretschmann/Behm: Mulch total, 5. Auflage

Die langerwartete Neuauflage des Klassikers von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm in überarbeiteter und deutlich erweiterter Fassung wird voraussichtlich im Frühjahr 2017 in die Buchhandlungen kommen.

Kostenfreie Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächste Renten-Sprechstunde ist am 12. April, 10-12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 22. März 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 19. April 2017.